

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Alsterstr. 6/6, und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Sem. 3.00, 1/2 J. 5.00. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei und gegen Vork. 2.92, wo keine Postans. Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr beträgt für die erste halbe Jahreshälfte oder deren 25 Pf. 1.00, für die zweite 85 Pf. Generell bei Beibehaltung 15 Pf. Aufgebote 25 Pf. Bei Abbestellung 15 Pf. Bei Abbestellung 15 Pf. Bei Abbestellung 15 Pf.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 294.

Breslau, Sonnabend, den 16. Dezember 1911

22. Jahrgang.

Seht die Wählerlisten ein!

Die Junker an das Volk.

Vor allem gegen die Sozialdemokratie.

Der Ablauf des Landes der Landwirte wendet sich nach einigen allgemeinen Bedenken sofort, wie es sich zeigt, der Sozialdemokratie zu. Aber sie wird gelagt: Welches sind meine Gegner im Kampfe? Jenseit die Sozialdemokratie! Sie heben auf monarchisch-königlichen Boden. Die Sozialdemokratie will die Monarchie stürzen und die Republik einführen, sie launet die Krone, sie will das private Eigentum aufheben, sie zerstört das eheliche und Familienleben. Sie zerstört den Mittelstand, der in der christlichen Christenheit der Träger der Liebe zu Vater und Reich ist, der die und Familie an der ehelichen Erbschaft mündig macht, der die Landwirtschaft und der Industrie und der Erhaltung eines ausgehenden Mittelstandes in Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk.

Die Sozialdemokratie will aber auch jeden Schutz von Eigentum, in erster Linie natürlich den Schutz von landwirtschaftlichen Produkten. Sie aber will ein für die Nationalökonomie eines vernünftigen Schutzes der gesamten nationalen Arbeit, der Landwirtschaft und der Industrie und für die Erhaltung eines ausgehenden Mittelstandes in Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk.

Die Sozialdemokratie will nicht zufriedene Arbeiter, nur an der künstlich ertrocknen Unzufriedenheit der Masse beruht ihre Macht. Diese Unzufriedenheit schürt sie mit allen Mitteln auf. Sie will die Arbeiter zu Unzufriedenen machen. Deshalb will sie unsere gegenwärtige soziale Lage zu verhindern.

Der Bund der Landwirte scheint sich von seinen bisherigen Behauptungen, die Sozialdemokratie sei eine demokratisch-republikanische Partei und ertrüge die Besetzung der Lebensmittelmittel in den Kreisen, an die er sich wendet, seine besonders harte Jugkraft mehr zu versprechen. Denn hätte er es nicht für nötig gehalten, das Bild der Partei durch seine Produkte seiner Phantasie zu veredeln.

Jahres: Die Sozialdemokratie launet die Religion! Was ist das eigentlich heißen? Die Sozialdemokratie meint nicht, daß es Religionen und religiös denkende Menschen gibt, sie will für die volle ungeschwächte Freiheit jedes religiösen Bekenntnisses ein. Im vorigen beschäftigt sie sich gerührt mit religiösen Problemen, sondern mit religiösen Angelegenheiten.

Die Sozialdemokratie will das private Eigentum behalten. Dabei der eben nicht unbedingte Anspruch unterliegen wird: „an Produktionsmitteln“. Was dem Landwirt dagegen haben, wenn Maschinen, Eisenwerke, Fabrikbetriebe der Art in Eigentum der Gesamtheit verwandelt und im Interesse der Allgemeinheit verwaltet werden? Und wie soll Landwirte haben Grund sich darüber anzulegen, wenn die Kreisbesitzer immer der Kräfte, Kräfte. Junker in das öffentliche Eigentum übergeben? Der Bund der Landwirte will, wie er sagt, „das durch erarbeitete Eigentum ungeschwächt erhalten“. Weiter Bauer, welcher Handwerker soll ihm glauben, daß die Landwirte der Großgrundbesitzer, die Grundbesitzer, die Vermögen der Truismagnaten und Vorkennten „erarbeitete Eigentum“ sind?

Weiter: Die Sozialdemokratie zerstört das eheliche und Familienleben. Siehe Umar, Hohenau, Eulenburg und die Tausende anderen Fälle der aristokratischen und großbürgerlichen Skandalörenden. Die Sozialdemokratie will das Verhältnis der Geschlechter zu einander und das Verhältnis der Kinder zu ihren Eltern auf einer neuen sittlichen Grundlage aufbauen, nachdem der Kapitalismus und die Skrupellosigkeit der Besitzenden alle die alten Grundlagen zerstört haben.

Schlüsselt aber die größte, gemeinte Lüge des bündlerischen Machwerks: Die Sozialdemokratie sucht unsere kaiserliche soziale Gesetzgebung zu verhindern. Jeder hat halbwegs ehrliche Gegner der Sozialdemokratie hat bisher noch gesucht, diese sinnlose, schmutzige Verleumdung als Waffe zu gebrauchen. Der badische Minister v. Bodmann nannte die Sozialdemokratie „eine großartige Bewegung zur Selbsterhaltung des vierten Standes“. Graf Poladowitz sagte, er betrachte die Sozialdemokratie als eine Arbeiterpartei und verdanke es ihr nicht, daß sie im Reichstage die Rechte der Arbeiter vertrete. Selbst Stöder, der sonst zu den ehrlichen Gegnern nicht zu zählen ist — dazu stand er dem Bund der Landwirte zu nahe — mußte bekennen: „Es ist das große Verdienst des Sozialismus, daß er uns energisch auf die soziale Frage aufmerksam gemacht hat... und daß jeder rechtschaffene Mann im Deutschen Reich sich fragen muß: Was muß geschehen, damit dem Arbeiterstande geholfen werde?“

Die Sozialdemokratie hat manche sozialpolitische Gesetze abgelehnt, teils weil sie Verschlechterungen enthielten, teils, weil sie ihr nicht weit genug gingen. Die Sozial-

demokratie ist eben sehr „begehrlich“, wo es sich um Arbeiterinteressen handelt. Die Agrarier aber sind die letzten, die ein Recht haben, um aus solcher „Begehrlichkeit“ einen Vorwurf zu machen. Hat doch der Bund der Landwirte den geltenden Zolltarif abgelehnt, weil ihm seine Zollmehrfälle nicht hoch genug waren. Er wäre froh gewesen, die Sozialdemokratie zu behaupten, die Agrarier seien Gegner des Schutzzolls. Es ist genau so richtig zu sagen, die Sozialdemokratie sei die Gegnerin der sozialen Umgestaltung, weil sie einzelne Gesetze als verfehlt und unbefriedigend ablehnt.

Das bleibt aber von den Behauptungen des agrarischen „Wahlkreises“ übrig: Nichts, als daß die Sozialdemokratie als „erschwerende“ Partei die Herrschaft des Volkes will, daß sie die Verwertung der Lebensmittel durch „Schwämme“ bekämpft, daß sie dem Großkapital und dem Großgrundbesitzer energisch an den Leib rücken will. Ein solches Programm blüht keinem Landwirt und keinem Handwerker Schaden einzuflohen.

Wenn nicht alles trügt, werden die Agrarier gerade an den Landwirten am 12. Januar sehr unangenehme Ueberraschungen erleben!

25 Gründe,

keinen Liberalen zu wählen.

1. Grund: Die Liberalen sind die Vertreter des Großkapitals.

Nicht liberal im Deutschen Reich haben sich Nationalliberale und Fortschrittler zusammengeschlossen, und sie gehören auch zusammen, weil sie beide Vertreter aristokratischer, kapitalistischer Interessen sind. Die nationalliberale Partei vertritt vornehmlich das Interesse der Großindustrie, die Fortschrittspartei jenes des Handels- und Bankkapitals, Aufsichtsräte der großkapitalistischen Unternehmungen und Direktoren der Großbanken bilden den festen, zahlungsfähigen Stamm des „Nationalliberalismus“.

Nachgelassen haben die Liberalen alle politischen und sozialen Fragen unter dem kapitalistischen Gesichtswinkel. So kammer die Freimütigen 1893 gegen das Wucherergesetz, dem die Sozialdemokraten zustimmten, weil sie in ihm eine Verbesserung des bestehenden Rechtszustandes erkannten. Gesetze, die die notwendige kapitalistische Entwicklung künstlich aufhalten wollen, lehnt auch die Sozialdemokratie ab, weil nur durch die volle Entfaltung des Kapitalismus der Weg zu einer besseren, einer sozialistischen Ordnung gewonnen werden kann. Der Liberalismus lehnt aber, wie sich beim Wucherergesetz zeigte, überhaupt jedes dem Kapitalismus unbehagliche Gesetz ab, um der kapitalistischen Interessen selber willen.

Dagegen trat und treten die Nationalliberalen und ein Teil des Freiums für die brauereireichen Einkünfte ein, weil die Großkapitalisten des ephemerischen Biergeschäfts von ihnen Vorteil haben. Die Sozialpolitik wollen die Liberalen entweder durch Angriffe auf die Sozialgesetzgebung der Arbeiter (Sachsen! Rheinland-Westfalen!) nach rückwärts revidieren oder doch nach Möglichkeit aufhalten.

Die Liberalen waren grundsätzliche Gegner der Sozialversicherung und lassen sich auch heute noch nur solche Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben gefallen, die im Interesse des Kapitals liegen.

Sie sind als Vertreter des Kapitalismus die entschiedensten Gegner, der von den Arbeitern vertretenen Idee des Sozialismus. Sie wollen keine Gesellschaft ohne Ausbeuter, weil ihre Auftraggeber selbst von der kapitalistischen Ausbeutung leben, und sie bemühen sich nach Kräften, die sozialistischen Gedanken als lächerlich und undurchführbar hinzustellen. So vertrat Eugen Richter noch die Auffassung, daß die Personenbeförderung durch Eisenbahnen eine für den Staat unlösliche, dem Großkapital vorbehaltene Aufgabe sei.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat die Liberalen gezwungen einen Teil ihrer Ansichten, der sich als gänzlich überlebt erwies, preiszugeben. Sie sind nicht mehr offene Anhänger der Manchestertheorie, die sich von dem freien Spiel der Kräfte ein Himmelreich auf Erden verspricht. Sie sind aber und bleiben Vertreter des Kapitalismus.

Die Wahlsituation in Hamburg.

Hamburg ist seit langem als Hochburg der Sozialdemokratie bekannt. Es wird diesen guten Ruf auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen bewahren. Zelt 1894 auch der dritte hamburgische Wahlkreis als letzter erobert wurde, ist ganz Hamburg ununterbrochen sozialdemokratisch vertreten. So wird

es auch bleiben. Gleichwohl ist einies von allgemeinem Interesse über die Wahlsituation in Hamburg zu sagen.

Hamburg als Stadtstaat wird durch die veränderte Wahlsituation besonders gekennzeichnet. Der der letzten Volkszählung hat keine Bevölkerung, die zwei Millionen überschritten. Es wohnt aber von der „Hauptstadt“ während der letzten Wahlen 1.000.000 Einwohner mit 100.000 über 60-jährigen Bürgerlichen. Die Wahlsituation ist immer arger. Der erste und zweite Wahlkreis, der aus der inneren Stadt und den beiden ehemaligen Vororten St. Georg und St. Pauli besteht, sind in ihrem Bevölkerungsstande stabil oder gehen sogar zurück, was sich natürlich auch in der Wählerzahl ausdrückt. Der ganz Nachwuchs der Bevölkerung die sich im Gesamt-Bevölkerungszuwachs der Stadt von 1871 bis 1907 auf 1.000.000 beläuft, ist in die ehemaligen Vororte und den das Landgebiet umfassenden dritten Wahlkreis. Die Zahl der Wählerberechtigten war demnach in den drei Wahlkreisen:

	1907	1907
1. Wahlkreis	28.994	28.993
2. Wahlkreis	44.47	43.830
3. Wahlkreis	109.790	136.700

Die Entvölkerung hat sich abwärts in auch in anderen Vororten, weil die dort bestehenden unrentablen Industrie nur noch wenig Bevölkerungszuwachs aufzuweisen können und alles drauß in ihrem Umkreis suchen muß. In Hamburg ist diese Entvölkerung unabweisbar verhängnisvoll geworden durch die häufige häusliche Umwälzung der inneren Stadt. Schon durch die Zollaufhebung der letzten Jahre, der vorigen Jahrzehnts wurden in der Altstadt (1. Wahlkreis) viele Tausende von Bewohnern aus ihren alten Wohnstätten vertrieben; zum Teil konnten sie aber noch an anderer Stelle im selben Wahlkreis (Wanderbezirk) neue Unterkunft finden. Im zweiten Wahlkreis hat dann die in der südlichen Vorstadt bezogene Sanierung der alten Stadtteile die gleiche Wirkung geübt und der erste Wahlkreis ist zum zweiten Male eines Teiles seiner Bevölkerung beraubt worden durch die an den Bau der Hoch- und Untergrundbahn anschließende Sanierung des nördlichen Teiles der Altstadt. Der südliche wird demnach das gleiche Schicksal haben.

Die auf diese Weise aus den alten Wohnstätten vertriebenen Bevölkerung ist nach zum überlegenden Teil aus Arbeitern, während in die neu aufgebauten Quartiere nur ein geringerer Teil von Arbeitern wieder einziehen konnte, weil das Zonenwert, trotz gewaltiger Witterungsarbeiten des Zonen, die Arbeiter nicht in die Stadt getrieben hat. So ist es eigentlich zu bewundern, daß die Sozialdemokratie durch diese Bevölkerungsveränderungen nicht in den beiden innerstädtischen Wahlkreisen stark an Stimmen einbüßt hat. Ein kleiner Verlust war nur von 1890 auf 1907 und von 1903 auf 1907 im ersten Wahlkreis zu verzeichnen, im zweiten Wahlkreis nur von 1890 auf 1907. Diese Zahlen zeigen den Beweis dafür, daß die von der hamburgischen Sozialdemokratie betriebene intensive Aufklärungsarbeit immer weitere Wählerkreise erfaßt hat, wodurch jene Wirkungen der Bevölkerungsveränderung aufgehoben wurden.

Solange die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung besteht, ist in Hamburg deshalb auch für die Gegner nichts zu holen. 1907 brachte die Sozialdemokratie im ersten Wahlkreis mit 21.683 Prozent Stimmen 66,2 Prozent sämtlicher abgegebenen Stimmen auf; im zweiten Wahlkreis mit 25.718 Stimmen 72,2 Prozent und im dritten Wahlkreis mit 65.461 Stimmen 55,5 Prozent. Vielleicht würde aber nicht mehr ganz Hamburg der Sozialdemokratie verbleiben, wenn eine Neueinteilung der Wahlkreise vorgenommen würde (etwa auf 150.000 Einwohner ein Abgeordneter, wozu in Hamburg sechs oder sieben Abgeordnete zu wählen wären).

Trotz der Stärke der Arbeiterbevölkerung und dementsprechend der Sozialdemokratie, besitzt Hamburg als Handelsemporium eine ungemein hohe bürgerliche Bevölkerung. Von 156.211 gültigen Stimmen in den drei Wahlkreisen zusammen fielen 1907 für die Sozialdemokratie 112.892 Stimmen, gleich 60,6 Prozent. Für die vertriebenen bürgerlichen Kandidaten wurden 73.319 Stimmen (49,1 Prozent) abgegeben. Diese bürgerlichen Stimmen verteilen sich aber ebenwomöglich gleichmäßig über alle Stadtteile wie die sozialdemokratischen. Es gibt vielmehr ganze Stadtbezirke, und auch solche im Landgebiet, wo das bürgerliche Element noch bei weitem überwiegt. Bei einer Neueinteilung der Wahlkreise würde also, unter Zuhilfenahme von etwas Wahlkreiszugehörigkeit, wohl die Möglichkeit vorliegen, einen oder zwei Wahlkreise so zu konstruieren, daß eine Mehrheit für bürgerliche Kandidaten herauskommen könnte. Die Bürgerlichen, die schon lange darüber kammern, daß es in Hamburg nicht mehr möglich sei, andere als sozialdemokratische Kandidaten durchzubringen, haben also an einer Neueinteilung der Wahlkreise ein großes Interesse oder sollen es wenigstens haben.

Als Gegner der Sozialdemokratie kommen in Hamburg nur die Liberalen verschiedener Schattierung in Betracht. Konserverative bürgerlicher Art gibt es nicht; die im Reichstagswahlkreis von 1881 organisierten Nationalliberalen haben jedoch sehr weit rechts. Die Antiliberalen sind bei den letzten Wahlen zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken; sie brachten es 1907 in ganz Hamburg nur noch auf 618 Stimmen. Die Liberalen aber laufen von einem Lager ins andere. Während 1903 im ersten und zweiten Wahlkreis 915 und 8512 Stimmen, für zwei Kandidaten der freiinnigen Volkspartei abgegeben wurden, erhielten 1907 zwei Kandidaten der freiinnigen Vereinigung nur 5979 und 3303 Stimmen, daneben aber zwei nationalliberale Kandidaten 1307 und 1185 Stimmen. Immerhin fallen in beiden Wahlkreisen die beiden liberalen Kandidaten zusammen auf 1100 bzw. 900 Stimmen mehr. Ein Beleg dafür, daß das bürgerliche Element in diesen beiden Kreisen, in denen aus den oben geschilderten Ursachen die sozialdemokratischen Stimmen stabil geblieben, im Wachsen ist.

In veränderter Weise zeigt sich dieselbe Erscheinung im dritten Wahlkreis. Auch hier konkurrieren früher Nationalliberale und Fortschrittler bzw. Freimütige. Nur einmal gegen letztere (1881), wurden aber schon 1884 durch die Sozialdemokratie aus der Stichwahl verdrängt. Als dann 1890

Abzahlungsgeschäfte

Abzahlungsgeschäfte... Adolph Schröder, Zum Blücher

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco... Thomae Brauerei

Bäckereien und Konditoreien

Bäckereien und Konditoreien... Baderstellen, Bandagisten

Fritz, W., Rein, Joh., Schmiedehr, 17/18

Berufskleidung

Berufskleidung... Kerel

Bräuerei Saccon & Co.

Genossenschaftsbrauerei

Hopf & Görde, Schultheiss

Blusen u. Kostümröcke

Café

Wachtel

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Drogen und Farben

Eisen- u. Stahlwaren

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Erscheint 3mal wöchentlich

Heptner & Urner

Heptner & Urner... Friseur und Barbier

Fleischereien u. Wurstfabriken

Fleischereien u. Wurstfabriken... Baderstellen

Bandagisten

Fritz, W., Rein, Joh., Schmiedehr, 17/18

Berufskleidung

Berufskleidung... Kerel

Bräuerei Saccon & Co.

Genossenschaftsbrauerei

Hopf & Görde, Schultheiss

Blusen u. Kostümröcke

Café

Wachtel

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Drogen und Farben

Eisen- u. Stahlwaren

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Fabrikanten, Nähmaschinen

Bezugsquellen-Verzeichnis

Herm. Sachs Nachf., Adalbertstr. 20

Herm. Sachs Nachf. ... Wängelampen, Tischlampen etc

Herren-Garderobe

Herren-Garderobe... Friedländer

Hüte und Mützen

Hüte und Mützen... Barth, H.

Kaffee, Tee

Gewaltig, Heinrich

Pohl, B., Schüssler, Ernst

Kinematographen

Alejo-rs-Off., Seidenwaren

Hoch & David, Hofel & Reminold

Schmann, A., Wagner, Albert

Kohlen u. Priketts

Kolonialwaren

Wolff & Schokoladen

Rümpel, Friedr.

Korsetts

Lampen

Lederwaren und Sattlerei

Jäger

Linoleum, Wachstuche

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Malzkaffee

Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Frige, Anna

Masken- u. Theat. Verleih-Institut

Schlwa, Rudolf, Oskar

Milch- und Butterhandlungen

Möbel-Magazine

Musik-Instrumente

Nähmaschinen

Optiker

Pantoffel- u. Holzschuhfabrik

Papier- und Schreibwaren

Parfiewaren und Restehaus

Pelzwaren

Pfandleihen u. Gegenstands-Kauf

Herold, H.

Photographische Ateliers

Elite-Modellier 15

Geb, Dagl

Schroder

Paetecarpische Bedarfsartikel

Fischer & Comp.

Putz, Modes

Restaurateure

Bräuer, Karl

Flöter, B.

Kaiser-Wilhelm-Park

Königsgrund

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Palmenbaum

Den Lesern der

Den Lesern der... Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Riedel, Anton

Wäsche, Trikotagen

Friedrich, Gebr.

Weise- und Wollwaren

Seifen-Cell, Schankwirtschaften

Schirme, Stöcke

Schneiderei-Artikel

Schwären und Schuhmacher

Kaluza, Joh.

Schuh-Union

Winkler, Franz

Strumpfstrickereien Strümpfe

Trauer-Kleidung

Uhren und Goldwaren

Alter, W.

Vericherungen

Friedrich-Wilhelm

„Juna“

Meinow, Otto

Vogelstatter

Waren- u. Kaufhäuser

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Kaufhaus „Adler“

Kaufhaus „Zur Einigkeit“

Riedel, Anton

Wäsche, Trikotagen

Friedrich, Gebr.

Weise- und Wollwaren

Seifen-Cell, Schankwirtschaften

Schirme, Stöcke

Schneiderei-Artikel

Schwären und Schuhmacher

Kaluza, Joh.

Schuh-Union

Winkler, Franz

Strumpfstrickereien Strümpfe

Trauer-Kleidung

Uhren und Goldwaren

Alter, W.

Vericherungen

Friedrich-Wilhelm

„Juna“

Meinow, Otto

Vogelstatter

Waren- u. Kaufhäuser

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

Gebr. Barusch

7 16/12

Die Volkswacht erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graunstr. 6/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Post am Orte, Mf. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsartik. beträgt für die erste halbe Jahreshälfte oder deren Bruchteil 25 Pf. Einmalige Anzeigen 25 Pf. Inzerate für Erblasser 15 Pf. Auswärtige 25 Pf. Vereins- u. Veranlagungs-Anzeigen 15 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 4 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 294.

Breslau, Sonnabend, den 16. Dezember 1911

22. Jahrgang.

Seht die Wählerlisten ein!

Die Junker an das Volk.

Vor allem gegen die Sozialdemokratie.

Der Wahauftrag des Bundes der Landwirte wendet sich nach einigen allgemeinen Nebenarten sofort, wie es sich gehört, der Sozialdemokratie zu. Ueber sie wird gesagt:

Welches sind unsere Gegner im Kampfe? Zuerst die Sozialdemokratie! Wir stehen auf monarchisch-christlichem Boden. Die Sozialdemokratie will die Monarchie beseitigen und die Republik einführen, sie leugnet die Religion, sie will das private Eigentum aufheben, sie zerstört das eheliche und Familienleben. Der deutsche Mittelstand, der in aufrichtigem Christentum der Träger der Liebe zu Kaiser und Reich ist, der Ehe und Familie und christlich erarbeitetes Eigentum unantastbar erhalten will, muß deshalb in der Sozialdemokratie seinen schärfsten Feind erblicken. Kein Landwirt oder selbständiger Gewerbetreibender darf einem Sozialdemokraten seine Stimme geben!

Die Sozialdemokratie will aber auch jeden Schutzoll beseitigen, in erster Linie natürlich den Schutzoll auf landwirtschaftliche Produkte. Wir aber treten ein für die Aufrechterhaltung eines partiellen Schutzes der gesamten nationalen Arbeit, der Landwirtschaft und der Industrie und für die Erhaltung eines ausgedehnten Mittelstandes in Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk.

Die Sozialdemokratie will nicht zufriedene Arbeiter, nur auf der künstlich erzeugten Unzufriedenheit der Masse beruht ihre Macht. Diese Unzufriedenheit schürt sie mit allen Mitteln auf Kosten der Arbeiterklasse. Deshalb sucht sie unsere gegenwärtige soziale Gesetzgebung zu verhindern.

Der Bund der Landwirte scheint sich von seinen heutigen richtigen Behauptungen, die Sozialdemokratie sei eine demokratisch-republikanische Partei und erstrebe die Beseitigung der Lebensmittelpreise in den Kreisen, an die er sich wendet, keine besonders starke Zugkraft mehr zu versprechen. Sonst hätte er es nicht für nötig gehalten, das Bild der Partei durch so viele Produkte seiner Phantasie zu verschönern.

Zunächst: Die Sozialdemokratie leugnet die Religion! Was soll das eigentlich heißen? Die Sozialdemokratie leugnet nicht, daß es Religionen und religiös denkende Menschen gibt, sie tritt für die volle ungehinderte Freiheit jedes religiösen Bekenntnisses ein. Im übrigen beschäftigt sie sich gänzlich mit religiösen Problemen, sondern mit irdisch-politischen Angelegenheiten.

Dann: Die Sozialdemokratie will „das private Eigentum“ beseitigen. Wobei der eben nicht unwichtige Zusatz unterschlagen wird: „an Produktionsmitteln“. Was kann der Landwirt dagegen haben, wenn Kohlengruben, Eisenwerke, Fabrikbetriebe aller Art in Eigentum der Gesamtheit verwandelt und im Interesse der Allgemeinheit verwaltet werden? Und wie viele Landwirte haben Grund sich darüber aufzuregen, wenn die Kiesenbesitzer der Fürsten, Grafen, Junker in das öffentliche Eigentum übergehen? Der Bund der Landwirte will, wie er sagt, „das ehelich erarbeitete Eigentum mangelhaft erhalten“. Welcher Bauer, welcher Handwerker soll ihm glauben, daß die Laifundien der Großgrundbesitzer, die Hundertmillionen-Vermögen der Truismagnaten und Vorkenherren „ehelich erarbeitetes Eigentum“ sind?

Weiter: Die Sozialdemokratie zerstört das eheliche und Familienleben. Siehe Lhvar, Hohenau, Eulenburg und die Tausend anderen Fälle der aristokratischen und großbürgerlichen Standatrophie. Die Sozialdemokratie will das Verhältnis der Geschlechter zu einander und das Verhältnis der Kinder zu ihren Eltern auf einer neuen sittlichen Grundlage aufbauen, nachdem der Kapitalismus und die Korruption der besitzenden Klassen die alten Grundlagen zerstört haben.

Schließlich aber die größte, gemeinste Lüge des bündlerischen Machwerks: Die Sozialdemokratie sucht unsere gegenwärtige soziale Gesetzgebung zu verhindern. Jeder nur halbwegs ehrliche Gegner der Sozialdemokratie hat bisher noch gesehen, diese sinnlose, schmutzige Verleumdung als Waffe zu gebrauchen. Der badische Minister v. Bodmann nannte die Sozialdemokratie „eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes“. Graf Poladowsky sagte, er betrachte die Sozialdemokratie als eine Arbeiterpartei und verdiene es ihr nicht, daß sie im Reichstage die Rechte der Arbeiter vertritt. Selbst Stöder, der sonst zu den ehrlichen Gegnern nicht zu zählen ist — dazu stand er dem Bund der Landwirte zu nahe — mußte bekennen: „Es ist das große Verdienst des Sozialismus, daß er uns energisch auf die soziale Frage aufmerksam gemacht hat... und daß jeder rechtliche Mann im Deutschen Reiche sich fragen muß: Was muß geschehen, damit dem Arbeiterstande geholfen werde?“

Die Sozialdemokratie hat manche sozialpolitische Gesetze abgelehnt, teils weil sie Verschlechterungen enthielten, teils, weil sie ihr nicht weit genug gingen. Die Sozial-

demokratie ist eben sehr „begehrlich“, wo es sich um Arbeiterinteressen handelt. Die Agrarier aber sind die letzten, die ein Recht hätten, ihr aus solcher „Begehrlichkeit“ einen Vorwurf zu machen. Hat doch der Bund der Landwirte den geltenden Zolltarif abgelehnt, weil ihm seine Zollwuchersätze nicht hoch genug waren. Es wäre klöblich zu behaupten, die Agrarier seien Gegner des Schutzolls. Es ist genau so klöblich zu sagen, die Sozialdemokratie sei eine Gegnerin der sozialen Gesetzgebung, weil sie einzelne Gesetze als verfehlt und unbefriedigend ablehnte.

Was bleibt also von den Behauptungen des agrarischen Wahlaufsches übrig? Nichts, als daß die Sozialdemokratie als demokratische Partei die Herrschaft des Volkes will, daß sie die Verwertung der Lebensmittel durch Schutzölle bekämpft; daß sie dem Großkapital und dem Großgrundbesitz energisch an den Leib rücken will. Ein solches Programm braucht keinem Landwirt und keinem Handwerker Schrecken einzuschließen.

Wenn nicht alles trägt, werden die Agrarier gerade an den Landwirten am 12. Januar sehr unangenehme Ueberraschungen erleben!

25 Gründe,

keinen Liberalen zu wählen.

1. Grund: Die Liberalen sind die Vertreter des Großkapitals.

Hast überall im Deutschen Reiche haben sich Nationalliberale und Fortschrittler zusammengerückt, und sie gebären auch zusammen, weil sie beide Vertreter großbürgerlicher, kapitalistischer Interessen sind. Die nationalliberale Partei vertritt vornehmlich das Interesse der Großindustrie, die Fortschrittspartei jenes des Handels- und Wucherkapitals. Ausschüßräte der großkapitalistischen Unternehmungen und Direktoren der Großbanken bilden den festen, zahlungsfähigen Stamm des „Gesamtliberalismus“.

Infolgedessen sehen die Liberalen alle politischen und sozialen Fragen unter dem kapitalistischen Gesichtswinkel. So künnten die Freisinnigen 1893 gegen das Wuchergesetz, dem die Sozialdemokraten zustimmten, weil sie in ihm eine Verbesserung des bescheidenen Rechtszustandes erkannten. Gesetze, die die notwendige kapitalistische Entwicklung künstlich aufhalten wollen, lehnt auch die Sozialdemokratie ab, weil nur durch die volle Entfaltung des Kapitalismus der Weg zu einer besseren, einer sozialistischen Ordnung gewonnen werden kann. Der Liberalismus lehnt aber, wie sich beim Wuchergesetz zeigte, überhaupt jedes dem Kapitalismus unbenqueme Gesetz ab, um der kapitalistischen Interessen selber willen.

Dagegen trat und treten die Nationalliberalen und ein Teil des Freisinn für die drohverteuernden Einfuhrschemen ein, weil die Großkapitalisten des ehelichen Gewerkehandels von ihnen Vorteil haben. Die sozialpolitisch wollen die Liberalen entweder durch Agrarier auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter (Sachsen! Rheinland-Westfalen!) nach rückwärts revidieren oder doch nach Mäßigkeit aufhalten.

Die Liberalen waren grundsätzliche Gegner der Sozialversicherung und lassen sich auch heute noch nur solche Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben gefallen, die im Interesse des Kapitals liegen.

Sie sind als Vertreter des Kapitalismus die entschiedensten Gegner, der von den Arbeitern vertretenen Idee des Sozialismus. Sie wollen keine Gesellschaft ohne Ausbeuter, weil ihre Auftraggeber selbst von der kapitalistischen Ausbeutung leben, und sie bemühen sich nach Kräften, die sozialistischen Gedanken als lächerlich und undurchführbar hinzustellen. So vertrat Eugen Richter noch die Auffassung, daß die Personenbeförderung durch Eisenbahnen eine für den Staat unlösbare, dem Großkapital vorbehaltene Aufgabe sei.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat die Liberalen gezwungen, einen Teil ihrer Ansichten, der sich als gänzlich überlebt erwies, preiszugeben. Sie sind nicht mehr offene Anhänger der Manchestertheorie, die sich von dem freien Spiel der Kräfte ein Himmelreich auf Erden verspricht. Sie sind aber und bleiben Vertreter des Kapitals.

Die Wahlsituation in Hamburg.

Hamburg ist seit langem als Hochburg der Sozialdemokratie bekannt. Es wird diesen guten Ruf auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen bewahren. Seit 1890 auch der dritte hamburgische Wahlkreis als letzter erobert wurde, ist ganz Hamburg ununterbrochen sozialdemokratisch vertreten. So wird

es auch bleiben. Gleichwohl ist einiges von allgemeinem Interesse über die Wahlsituation in Hamburg zu sagen.

Hamburg als Stadtstaat wird durch die veränderte Wahlkreisverteilung besonders berücksichtigt. Nach der letzten Volkszählung hat seine Bevölkerung die erste Million überschritten. Er wählt aber nur drei Abgeordnete, während beispielsweise Mecklenburg-Schwerin mit wenig über 600.000 Einwohnern sechs Abgeordnete stellt. Auch innerhalb Hamburgs wird die Unleichheit der Wahlkreise immer größer. Der erste und zweite Wahlkreis, die aus der inneren Stadt und den beiden ehemaligen Vororten St. Georg und St. Pauli bestehen, sind in ihrem Bevölkerungsstande stabil oder gehen sogar zurück, was sich natürlich auch in der Wählerzahl ausdrückt. Der ganze Zuwachs der Bevölkerung ist sich im gesamten Staatsgebiet 1900 auf 768.349, 1907 auf 871.878 und 1910 auf 1.011.661 belief, liegt in die ehemaligen Vororte und den das Landgebiet umfahenden dritten Wahlkreis. Die Zahl der Wahlberechtigten war dementsprechend in den drei Wahlkreisen:

	1903	1907
1. Wahlkreis	38 894	38 963
2. Wahlkreis	44 47	43 889
3. Wahlkreis	109 796	136 700

Die Entwicklung zeigt sich ähnlich ja auch in anderen Großstädten, weil die dicht besiedelten inneren Stadtteile nur noch wenig Bevölkerungszuwachs aufnehmen können und alles drängen herum Unterkunft suchen muß. In Hamburg ist diese Entwicklung ungeheuer verschärft worden durch gewaltige bauliche Umwälzungen der inneren Stadt. Schon durch die Jollanischbauarbeiten der achziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden in der Altstadt (1. Wahlkreis) viele Tausende von Bewohnern aus ihren alten Wohnstätten vertrieben; zum Teil konnten sie aber noch an anderer Stelle im selben Wahlkreis (Hammerbrook) neue Unterkunft finden. Im zweiten Wahlkreis hat dann die in der südlichen Vorstadt begonnene Sanierung der alten Stadtteile die gleiche Wirkung geübt und der erste Wahlkreis ist zum zweiten Male eines Teiles seiner Bevölkerung beraubt worden durch die an den Bau der Hoch- und Untergrundbahn anschließende Sanierung des nördlichen Teiles der Altstadt. Der südliche wird demnach das gleiche Schicksal haben!

Die auf diese Weise aus den alten Wohnstätten vertriebenen Bevölkerung bestand zum überwiegenden Teil aus Arbeitern, während in die neu aufgebauten Quartiere nur ein geringer Teil von Arbeitern wieder einziehen konnte, weil das Sanierungswerk, trotz gewaltiger Mißkostenzuzubeh des Staates, die Mietpreise riesig in die Höhe getrieben hat. So ist es eigentlich zu bewundern, daß die Sozialdemokratie durch diese Bevölkerungsveränderungen nicht in den beiden innerstädtischen Wahlkreisen stark an Stimmen eingebüßt hat. Ein kleiner Verlust war nur von 1890 auf 1903 und von 1903 auf 1907 im ersten Wahlkreis zu verzeichnen, im zweiten Wahlkreis nur von 1890 auf 1893. Diese Tatsachen liefern den Beweis dafür, daß die von der Hamburger Sozialdemokratie betriebene intensive Aufklärungsarbeit immer weitere Wählerkreise erfaßt hat, wodurch jene Wirkungen der Bevölkerungsveränderung aufgehoben wurden.

Solange die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung besteht, ist in Hamburg deshalb auch für die Gegner nichts zu holen. 1907 brachte die Sozialdemokratie im ersten Wahlkreise mit 21.683 Stimmen 66,2 Prozent sämtlicher abgegebenen Stimmen auf; im zweiten Wahlkreise mit 25.718 Stimmen 72,2 Prozent und im dritten Wahlkreise mit 65.461 Stimmen 55,5 Prozent. Vielleicht würde aber nicht mehr ganz Hamburg der Sozialdemokratie verbleiben, wenn eine Neuenteilung der Wahlkreise vorgenommen würde (etwa auf 150.000 Einwohner ein Abgeordneter), wonach in Hamburg sechs oder sieben Abgeordnete zu wählen wären.

Trotz der Stärke der Arbeiterbevölkerung und dementsprechend der Sozialdemokratie, besitzt Hamburg als Handelsemporium eine ungemein starke bürgerliche Bevölkerung. Von 186-21 gültigen Stimmen in den drei Wahlkreisen zusammen fielen 1907 für die Sozialdemokratie 112.892 Stimmen, gleich 60,6 Prozent. Für die verschiedenen bürgerlichen Kandidaten wurden 73.349 Stimmen (39,4 Prozent) abgegeben. Diese bürgerlichen Stimmen verteilten sich aber ebensoviele gleichmäßig über alle Stadtteile wie die sozialdemokratischen. Es gibt vielmehr ganze Stadtbezirke, und auch solche im Landgebiet, wo das bürgerliche Element noch bei weitem überwiegt. Bei einer Neuenteilung der Wahlkreise würde also, unter Zuhilfenahme von etwas Wählerkreisgeometrie, wohl die Mäßigkeit vorliegen, einen oder zwei Wahlkreise so zu konstruieren, daß eine Mehrheit für bürgerliche Kandidaten herauskommen könnte. Die Bürgerlichen, die schon lange darüber jammern, daß es in Hamburg nicht mehr möglich sei, andere als sozialdemokratische Kandidaten durchzubringen, haben also an einer Neuenteilung der Wahlkreise ein großes Interesse oder sollten es wenigstens haben.

Als Gegner der Sozialdemokratie kommen in Hamburg nur die Liberalen verschiedener Schattierung in Betracht. Konfessionslos brennlicher Art gibt es nicht; die im Reichstagswahlverein von 1884 organisierten Nationalliberalen stehen jedoch sehr weit rechts. Die Antifreimittler sind bei den letzten Wahlen zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken; sie brachten es 1907 in ganz Hamburg nur noch auf 618 Stimmen. Die Liberalen aber laufen von einem Lager ins andere. Während 1903 im ersten und zweiten Wahlkreise 9445 und 8549 Stimmen für zwei Kandidaten der freisinnigen Volkspartei abgegeben wurden, erhielten 1907 zwei Kandidaten der freisinnigen Vereinigung nur 5979 und 5303 Stimmen, daneben aber zwei nationalliberale Kandidaten 4307 und 4185 Stimmen. Nummerhin hatten in beiden Wahlkreisen die beiden liberalen Kandidaten zusammen jährlich 1100 bzw. 900 Stimmen mehr. Beleg dafür, daß das bürgerliche Element in diesen beiden Kreisen, in denen aus den oben geschilderten Ursachen die sozialdemokratischen Stimmen stabil geblieben, im Wachsen ist.

In verstärktem Maße zeigt sich dieselbe Erscheinung im dritten Wahlkreise. Auch hier konkurrierten früher Nationalliberale und Fortschrittler bzw. Freisinnige. Nur einmal hatten letztere (1881) wurden aber schon 1884 durch die Sozialdemokratie aus der Stichwahl verdrängt. Als dann 1890

Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses sei zwar abgelehnt; eine Veranlassung, deswegen bei der Reform des allgemeinen Strafrechts darauf zurückzukommen, sei nicht gegeben, vielmehr müsse die Regelung dieser Frage, wenn sie sich als notwendig erweise, der Sondergesetzgebung vorbehalten bleiben.

Der „im Jahre 1899 vorgelegte Entwurf“ ist kein anderer als die Zuchthausvorlage. Wird das Zentrum einer Sondergesetzgebung, die diese Vorlage wieder aufleben läßt, seine Zustimmung geben? Das Berliner Zentrumsblatt schweigt darüber.

Ein bereites Schweigen!

Kolonialfreunden. Ueber die Erschließung von Urundi in Ostafrika, die in erster Linie in der Belastung der Eingeborenen mit Steuern besteht — was für Gegenleistungen bringt ihnen das deutsche Reich? — wird der „Täglichen Rundschau“ geschrieben:

„Wiederholt haben sich Leute aus den Bergen in Mambura schweres Fieber geholt; von einer Malaria-Gesandtschaft, die vor einiger Zeit heruntersank, sind mehrere Leute gestorben. Das ermutigt die anderen nicht, sich zur Station auf den Berg zu machen. Malaria-Patrouillen werden weit ins Hinterland geschickt, bleiben wochenlang sich selber überlassen, eine Reihe sehr böser Vorkommnisse der letzten Zeit, die, wenn sie sich häufen, Urundi in einen schweren Luftstau treiben müssen, sollten doch darüber belehren, daß der Malaria sich nicht selber überlassen bleiben darf. Wenn er weiß, daß wenige Tagemärsche von seinem jedeswöchentlichen Aufenthalt entfernt eine mit Weissen besetzte Station sich befindet, auf der der Eingeborene sich über ihn beklagen kann, dann wird er sich vor den Ausschreitungen hüten, die aber sofort kommen, wenn er sich lösen kann: „Der weiße Vorgesetzte sagt 10, 14 oder mehr Tage entfernt; hier am Orte bin ich Herr. Und wenn der Schenzi (Zulandneger) sich beklagen will, bis ich zurückkomme, ist alles vergessen.“ Der Malaria ist eben auch ein Neger, und wenn er mehrere Wochen sich selbst überlassen bleibt, ein Gewehr in der Hand und Munition hat, begehrt er Ausschreitungen. Diese Ausschreitungen werden in demselben Grade wachsend, in dem die Erschließung Urundis fortschreitet. Einige Poststationen der Expedition in das Landesinnere und Anlage einiger Stationen, sobald der Malaria mehr als drei bis fünf Tagemärsche von einem weißen Vorgesetzten entfernt ist, und sich deshalb unsicher fühlt, können helfen. Die Kosten darf man nicht scheuen, will man Steuern erheben und Händler ins Land lassen.

Für die Wägen in Mambura wäre die Verlegung ins Landesinnere ein großer Segen: es gibt kaum eine ungeländere Station wie die Fieberdruckstelle in der Höhe der Berge in der Nähe der feuchtheißen Malaria-Niederung gelegen. Für Mambura haben die Ärzte sogar 2 Gramm Chinin wöchentlich für zu wenig; der hiesige Arzt nimmt selber 2 1/2 bis 3 Gramm. Die Europäer fühlen sich trotzdem andauernd krank; die Malaria bekommen die Schlafkrankheit. An Schlafkrankheit sterben jetzt in der Umgebung von Mambura wöchentlich 10—20 Menschen.“

Und wer sich für diese Fiebernecker nicht freudig begeistert, ist ein vaterlandsloser Geselle.

Wie die christlichen Arbeiter vom Zentrum angelehrt werden. Bei der Gemeindevahl in München wurde den christlichen Arbeitern versprochen, daß das Zentrum den christlichen Arbeiterjüngern Königshauer zum Magistratsrat machen werde. Donnerstag fand nun die Wahl der Magistratsräte statt. Obwohl die Zentrumsfraktion sich ehrenwörtlich verpflichtet hatte, Königshauer zu wählen, blieb dieser mit drei Stimmen in der Minderheit und ist somit durchgefallen. — Die christlichen Arbeiter sind also wieder einmal vom Zentrum angelehrt worden.

Selbst die Junker spotten über Freisinnigkeit! Zur bekannten Reichsrede der Berliner bürgerlichen Demokraten über die Verengung der Redefreiheit in förmlichen Wahlversammlungen bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“:

Die „Freisinnige Zeitung“ sucht die Beschränkung mit dem Hinweis auf eine Erklärung zu entkräften, mit welcher einst Eugen Richter seine Ablehnung rechtfertigte, mit den Sozialdemokraten in Wahlversammlungen zu diskutieren. Wir finden sowohl die Beschränkung wie auch die Antwort etwas neu. In Wirklichkeit ist es doch nur eine alte Fäule, den Gegner möglichst geschlossen zu bekämpfen!

Es ist nicht für den Fortschritt, solche Belehrungen von konservativer Seite zu erhalten. Aber wie ist es mit der Redefreiheit in konservativen Versammlungen?

Interessante Diskurs. Auf der Hauptversammlung der konservativen Westpreußen in Danzig am 12. d. M. wurde im 17gliedrigen Vorstand gewählt, in dem offenbar zur Ehre der Bayern und des Mittelstandes neun Adelige sitzen; auch die übrigen acht sind unbedeutende Beamte und Agrarier. Eine mit begeisterten Beifall aufgenommene Rede des Vizepräsidenten von Jannichau schloß mit folgendem herrlichen Gedicht:

„Und wie ich in der Neua sich
Auch Rußlands Kaiserthron
Und in der Seine emsiglich
Der fränkische Kolob.
Sieht England stolz und drohend aus
Auf seiner hohen Höhe,
Wir streben für das Kaiserthum
Um seinen Strand der Epre!“

Historisch treuer und für Wahlzeiten aufrichtig er wären aber folgende Schlüsse:

Wir treten ein im Reichstagshaus
Für unser Vaterland!

Schauerliches aus Baden. Konservativer Blätter berichten aus Baden:

Welcher Geist in unserer Sozialdemokratie lebt, das konnte man in einer am Sonnabend, den 9. Dezember, in Weiskirchen stattgefundenen Versammlung der rechtsstehenden Parteien wieder einmal sehr deutlich konstatieren. Als Freiher v. Gemmingen seine Kandidatenrede hielt, und betonte, daß er für den Landesherren und engeres Vaterland eintreten werde, erhoben die Genossen ein Hohngeächel. „Sehr richtig!“ riefen dieselben Sozialdemokraten, als Herr Oberamtmann Schmitt ausrückte, die Sozialdemokratie erziehe unsere Jugend zum Antimilitarismus. Bei Erörterung dieser antimilitaristischen Besprechungen der Sozialdemokratie wurden zwei Zitate laut: „Die Sozialdemokraten haben die Bajonette in der Hand!“ und „Die 26 Fürken gehören abgesetzt!“

Wir sind wirklich neugierig, ob sich nach diesen schauererregenden Enthüllungen noch ein Mensch in Baden finden wird, der sozialdemokratisch wählt. Die furchtbare Aussicht auf den drohenden Verlust von 26 Landesparlamenten — auf einmal! — muß doch auch den hartgeschnittenen Ständer staatsverhaftend machen.

Der unbefriedigte Reichsbürger. Der scharfmacherischen „Post“ wird über den Gouverneur v. Rechenberg geschrieben: „Er stellt sich auf den antikolonialen Standpunkt, daß auch die auf der niedrigsten Stufe stehende Eingeborenen, wie wir sie in Ostafrika meist haben, vollkommen freien Willen in der Verwendung ihrer Arbeitskraft haben sollen, daß auch das indirekteste harmloseste Mittel, seine Arbeitskraft zu erhöhen, ein Eingriff in seine persönliche Freiheit sei. Ist denn Arbeit nicht ein Kulturfaktor der ersten Ranges? Die sogenannte „humane“ Behandlung,

weiche nach dem System Nechenbergs ist in Wirklichkeit ein Ausdruck eines unethischen Humanismus.“

Das also ist des Pudels Kern! Ein deutscher Gouverneur muß Sklavenhalter protegieren...

Der gediegene Gemeindevorstand. Ein liberales Wahlbüro der Wahlkreise Gotha hatte an den Schulgen die hiesige Bitte um Abschritt der Wählerlisten gegen Erhaltung der Abschriftskosten gerichtet und erhielt darauf folgende Antwort:

„Ich bin nicht verpflichtet, ihn eine Abschrift von der Wählerliste hier auszufertigen, aber sollte Wohl. Wahlbüro eine dergleichen verlangen, werde ich sie ausfertigen, wenn mir Wohl. Wahlbüro im Voraus 10 M. ausendet dann werde ich eine Abschrift von aufgestellter Wählerliste zu senden, und die 10 M. werde ich in unsern Wahlbüro zu senden, den für Wahlbüro Krüger ist hier keine Sympathie! (Soll wohl heißen Sympathie)“

signet hochachtungsvoll

Der Gemeindevorstand.

(Mietebach) bitte mich nicht wieder zu belästigen.“

Schickt uns den Mann nach Schlessen — so was können wir hier am besten gebrauchen.

Eine halbtote Anklage gegen einen Redakteur. Der Redakteur Alfred Scholz von der „Welt am Montag“ war seinerzeit wegen Religionsvergehen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte, welcher das Rechtsmittel der Revision einlegte, brachte das Erkenntnis, nachdem es ihm zugestimmt war, zum Ausdruck. Es wurde daraufhin eine Anklage wegen Zurechnungsgegenstandes gegen § 17 des Verfallgesetzes gegen ihn erhoben, welcher bestimmt, daß „anuliche Schriftstücke eines Strafprozesses durch die Presse nicht veröffentlicht werden dürfen, als bis dieselben in öffentlicher Verhandlung zum Gegenstande worden sind, oder das Verfahren sein Ende erreicht hat.“

Der Amtsanwalt beantragte in der Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, da nach seiner Meinung beides in diesem Falle nicht zuträfe, 200 Mark Geldstrafe. Das Gericht erachtete es, wie sich der Vorlesende ausdrückte, als sonnenklar, daß die Veröffentlichung der schriftlichen Urteilsgründe eines in öffentlicher Sitzung verkündeten Urteils nicht strafbar sei, sonst würde dies das Gesetz ausdrücklich hervorgehoben haben, weil das Urteil die wichtigste Urkunde des gesamten Strafprozesses bilde. Es sei richtig, daß in dem vorliegenden Falle die wesentlichen Gründe des Urteils bei dessen Verkündung mitgeteilt worden seien und somit sei die Voraussetzung der erlaubten Veröffentlichung gegeben. Der Angeklagte wurde deshalb freigesprochen, aber ein Dutzend Amtsperjonen sind um die sonnenklare Sache bemüht worden.

Das Versehen sozialdemokratisch. Etwa 15 Mitglieder des Landvolkvereins in Dommitzsch (Kreis Torgau), die bei der letzten Stimmabgabe dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen gaben, sind von dem Kregerverein aufgefordert worden, schleunigst ihren Austritt anzumelden. Man schrieb ihnen aber weiter noch, falls sie etwa aus Unbesonnenheit, auf Drohung oder aus Furcht vor sozialdemokratischen Trugjalen gehandelt hätten, und Reue empfänden, wolle man sie nochmals in Gnade als Mitglieder behalten, wenn sie einen Revers unterschreiben würden:

Der Revers enthält das Geständnis, daß der Unterschreibende unwillkürlich und nicht aus Ueberzeugung gewirkt habe, und schließt mit dem kindlichen Versprechen: „In Zukunft werde ich nicht wieder so handeln.“

Interessant ist, daß dieses feuchte Terrorismusstückchen gerade in denselben Tagen passirt, in denen der reichliche Landesfestgervorstand an seine Mitglieder Fragebogen versichert, um zu erfahren, wer durch den sozialdemokratischen Terrorismus und Vorkott geschädigt worden ist, und wer sich dagegen verpflichtet hat.

Die Liberalen mit Rußland hinter China. In einer Wählerversammlung zu Lübben sagte Prinz Schöndorf-Carolath, einer der am weitesten links stehenden Nationalliberalen, nach dem Bericht der „Nationalzeitung“ das Folgende:

Von den Konservativen werde den Liberalen vorgeworfen, daß durch ihre Streben nach Erweiterung der Befugnisse des Parlamentes die Erhaltung der monarchischen Verfassung gefährdet sei. Abgesehen davon, daß niemand von ihnen ernsthaft nach einer rein parlamentarischen Regierung strebe, bedeuteten erweiterte Befugnisse des Reichstages gar keine Einschränkung der Kronrechte. In dem Bewußtsein, daß der Reichstag mitzusprechen habe, liegt vielmehr eine Stärkung der Position der Regierung.

Am Tage darauf hielt der Staatssekretär a. D. Dernburg in Berlin einen Vortrag über China, in dem er sagte: Die große demokratische Woge hat auch das, wie man annahm, konservativste Land der Welt ergriffen, jedoch im Verlauf weniger Jahre von allen größeren Reichen nur Deutschland, Rußland und in gewissem Grade Japan als Länder nicht parlamentarischer Regierung als Form übrig geblieben sind.

Also das Deutschland der Liberalen mit Rußland hinter China.

Staatssekretär a. D. Dernburg ist im Wahlkreise Meynen-Lingen-Denkheim jetzt endgültig als bürgerlicher Sammelkandidat gegen das Zentrum aufgestellt worden, wie es heißt, ohne sein Einverständnis. — Das Zentrum hat den Amtsgerichtsrat Engellen-Orsnabrück wieder aufgestellt.

Die Dänen in Ostpreußen. Die Dänen haben nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ in folgenden Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt: In Gaderleben-Sonderburg den bisherigen Abg. Hansen, in Hensburg-Apprade Peter Grau und in Tondern-Gujum Peter Jessen.

Im Wahlkreise Köln-Stadt hat das Zentrum wieder den bisherigen Vertreter Justizrat Karl Trimborn-Köln als Kandidaten proklamiert.

Ausland.

Die französische Marokkodebatte.

In der gestrigen Nachmittagsitzung der französischen Kammer kam der Gelegenheitsauftrag auf Genehmigung des deutsch-französischen Abkommens zur Verhandlung. Galerie und Tribünen waren dicht besetzt und viele Diplomaten befanden sich darunter. Graf de Mun begründete einen Antrag, die Genehmigung bis nach dem Abschluß der französisch-spanischen Verhandlungen aufzuschieben. Er betonte, daß das Abkommen Deutschland einen Teil französischer Territorien überlasse. Es sei nicht das erste Mal, daß Frankreich ein derartiges Unglück auslöse. Das Abkommen öffne Deutschland die Tore zum Inneren Afrikas. Die Erklärungen Galliaus und v. Auberens ließen noch tiefergehende Umgestaltungen Afrikas voraussehen. Die Regierung werde darüber Erklärungen abgeben müssen. Man habe gesagt, der „Panther“ sei nach Agadir gegangen, um die Regierung zu nötigen, die unterbrochene Unterredung wieder aufzunehmen. Die Regierung müsse sagen, seit wann man sich besprochen habe. Redner möchte die Ausdehnung des Protektorats in Marokko wissen und hat die Regierung um Auskunft, ob dem Abkommen von 1909 eine geheime Klausel angefügt sei, die Frankreich schon das Protektorat zukehrt. Er verurteilte das System der Geheimverträge, da sie aber existieren, müsse man sie achten. Die Regierung könne nicht sagen, was sie von Spanien fordere, noch was sie von ihm erhalte. Die Kammer aber könne nicht ein Abkommen billigen, dessen Hauptklausel unbekannt sei. In den französisch-spanischen Verhandlungen sind wir auf England gestossen. Frankreich hat nicht mehr Gründe als England, die alte Freundschaft nicht zu vergessen. Bei dem gegenwärtigen Stande Europas hat weder der eine noch der andere eine Freundschaft zu viel. (Beifall) Beifall, die Minister applaudieren.) In keinem Augenblick war die Lage bedrohlicher. Wir werden nicht in die Falle gehen, eine Freundschaft um einer neuen Freundschaft willen aufzugeben. (Beifall).

Minister des Aeußeren de Selve erklärte, daß er seine Verbindung zwischen den französisch-spanischen Verhandlungen und der Annahme des deutsch-französischen Abkommens erkenne, die übrigens die Besprechungen nur erleichtern könne. Mehrere Mächte hätten bereits ihre Zustimmung gegeben, andere müßten sie noch ihrem Parlament unterbreiten. Redner erklärte, daß er, sobald die Kammer den Antrag de Mun zurückgewiesen habe, Instruktionen über die Verhandlungen an die deutsche Botschaft geben werde. Der Minister verließ hierauf die Tribüne, während die Rechte, das Zentrum und die äußerste Linke lebhaft protestierten, und unterhielt sich mit Galliaus, worauf er die Tribüne wieder bestieg. De Selve gab dann einen historischen Ueberblick über die Verhandlungen mit Deutschland, indem er an das Abkommen von 1909 und an die Agadirdebatte erinnerte. Deutschland habe wissen lassen, daß Frankreichs Okkupation in Marokko und die Expedition nach Fez der Agadirdebatte widerstünden und habe den Wunsch ausgedrückt, über alle die beiden Länder interessierenden Fragen, besonders über Marokko, zu verhandeln. Das war damals, als wir zur Regierung kamen. Er erinnerte sodann an die Entsendung des „Panther“ und sagt, daß die Regierung im höchsten Interesse die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir beschlossen habe. Er habe nicht geglaubt, daß es angebracht gewesen wäre, eine Konferenz einzuberufen. Deutschland habe deutlich erklärt, daß es den Zutritt einer solchen Konferenz nicht annehmen und ihm nicht Rechnung tragen würde. (Zurufe.) Hören Sie mich ruhig an. Ich spreche von ernsten Dingen. Man hat anerkannt, daß die Macht des Sultans eine fiktive und Frankreich bestimmt war, sie zu kürzen. Die Frage war von Deutschland gestellt, man müsse sie lösen. Nachdem wir Deutschland wegen der Entsendung eines Schiffes, die Verhandlungen stören könnte, unser Bedauern ausgesprochen hatten, haben wir die Verhandlungen begonnen. Spanien nahm nicht daran teil, weil dann auch England hätte teilnehmen müssen. Wir stellten für unsere Besprechungen drei Bedingungen: 1. unsere Freunde und Verbündeten müssen auf dem Laufenden gehalten werden, 2. die Signatarmächte der Agadirdebatte müssen damit befaßt werden, 3. Deutschland dürfe keinen Schritt in Marokko fortsetzen.

De Selve hob hervor, daß Marokko die Fortsetzung von Agadir sei und fuhr dann fort: Deutschland ließ wissen, daß seine öffentliche Meinung Kompensationen fordere, wenn es unser Protektorat über Marokko annehmen würde. Deutschland sagte: Ihr habt mit England, Italien, Spanien verhandelt, was wollt ihr denn mit uns machen? (Zurufe.) Der deutsche Botschafter sagte mir, daß man im Kongo eine Kompensation finden könne. Dasselbe sagte auch Staatssekretär v. Auberens-Wächter zu unserem Botschafter Jules Cambon. Es wurden Bedauern über die Langsamkeit der Verhandlungen geäußert. Diese Langsamkeit betraf den Widerstand, den wir beständig den deutschen Ansprüchen entgegenzusetzen haben. Herr v. Auberens-Wächter erklärte Cambon gegenüber, daß Deutschland bereit sei, in einen Tausch in Togo und in Kamerun einzuwilligen, aber es fordere den Gabun und den Kongo zwischen Ozean und dem Saahara. (Zurufe.) Wir erklärten, daß wir die Verhandlungen auf dieser Grundlage nicht fortsetzen könnten. In diesem Augenblick gab es eine Zeit der Spannung, die die Erinnerung haben. Man hat gesagt, daß uns unsere Freunde zum Streit trieben. Das ist ein vollständiger Irrtum. Gewiß, unsere Freunde standen uns zur Seite, dazu bereit, uns die Hilfe zu gewähren, die die Umstände begründen konnten. Aber in keinem Augenblick ließ England ein aufreizendes Wort hören. Die Worte der Verhöhnung, die es sand, lagen im Interesse Frankreichs. (Beifall.) Wir haben auf die Forderungen Deutschlands mit „nein“ geantwortet. Als Deutschland seine Forderungen reduzierte hatte, verlangte die Regierung, daß von territorialen Abtretungen erst nach der Regelung der marokkanischen Frage gesprochen würde. In diesem Augenblick wurde eine Unterbrechung der Verhandlungen dadurch herbeigeführt, daß Staatssekretär v. Auberens-Wächter auf Reisen ging und Botschafter Cambon nach Paris kam. Bei der Wiederannahme der Verhandlungen widersand Frankreich den wirtschaftlichen Präzedenzen Deutschlands, welches in Marokko die Schaffung zweier Zonen wünschte, in deren einer es Vorteile erhalten hätte. Wir wollten wirtschaftliche Gleichberechtigung. Der Minister sprach seine Zufriedenheit über die Klausel aus, die etwaige Schwierigkeiten dem Saager Schiedsgericht zur Entscheidung überläßt. Bezüglich des Kongos, fügte der Minister hinzu, teilte die Regierung die Lebensfähigkeit ihrer Positionen in Äquatorial-Afrika. Sie dachte niemals daran, ihr Vorkaufsrecht auf den belgischen Kongos aufzugeben, ein Recht, das ganz persönlich und unabstreitbar ist. Die Klausel, welche einen eventuellen Tausch von den Signatarmächten der Berliner Akte von 1885 abhängig macht, ist garantiert. Weiter legte der Minister dar, daß das Abkommen Frankreich völlige Freiheit in Marokko gebe, sowohl hinsichtlich der Verwaltung, wie militärisch und finanziell.

Der der Kammer gestellte Antrag des Grafen de Mun, die Ratifizierung des deutsch-französischen Abkommens bis nach Abschluß der französisch-spanischen Verhandlungen aufzuschieben, wurde mit 418 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Ueber die Stellung Deutschlands zur portugiesischen Gegenrevolution hatte die Pariser „Humanität“ mitgeteilt, daß mit Wissen der deutschen Regierung im Hamburger Hafen zwei Schiffe mit Waffen und Munition für die portugiesischen Royalisten geladen hätten, deren Macht erst auf Vorstellungen zweier Großmächte verhindert worden sei. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt, daß nur die portugiesischen Vorstellungen erhoben haben, und daß die beiden von Lissabon signifizierten Herren zwar in Hamburg gewesen, aber von dort, ohne Waffen- oder dergleichen Einkäufe gemacht zu haben, nach Paris weitergereist waren. Die Nachforschungen nach mehreren Reichsmörsern, die Ende November in Hamburg ausgerüstet worden sein sollen, haben zu einem Ergebnis noch nicht geführt. — Weiter erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegenüber der Humanität, daß nicht Deutschland portugiesische Forts im Kubangabiel (Afrika) besetzt, sondern die Portugiesen auf deutschem Gebiet ein Fort errichtet hätten. Dann heißt es fähig: „Der deutsche Gewaltstreik gegen dieses Fort beschränkt sich darauf, daß kürzlich in Lissabon deutscherseits Vorstellungen erhoben wurden, um die Zurückziehung des Fort auf portugiesisches Gebiet zu erreichen. — Der nicht so in der diplomatischen Sprache erfahren ist, wird denken, das Fort sei auf Kuba errichtet.“

Die Töchter Chinas für die Freiheit. Die Schülerinnen der Töchterschule von Schanghai haben sich in folgendem Briefe an die revolutionäre Regierung gewandt: „Von jetzt haben die Frauen dieselben Rechte und dieselben Pflichten wie die Männer. Auch wir wollen an der Befreiung unseres Vaterlands, das seit Beginn der Mandschu-Dynastie unter dem Joch fremder Eroberer senkt, teilnehmen. Wir wissen die Gefahren des Krieges wohl zu schätzen, aber wir haben keine Furcht, und wir wollen unser junges Leben gern auf dem Altar des Vaterlandes opfern. Wir sind bereit von der Hoffnung, nach blutigem Kampf die Mandschu aus dem Lande zu treiben und unsere Heimat eines künftigen Zukunft entgegenzusehen. Zu diesem Zweck werden wir eine Mädchentruppe bilden und mit Ungeduld sehen wir dem Tage entgegen, wo wir in den Reihen unserer väterlichen Mitkämpfer dem Feind entgegenzutreten können.“ Der Brief ist im Namen sämtlicher Schülerinnen von einem Fräulein Sung unterzeichnet. Die provisorische Regierung hat das Anerbieten abgelehnt.

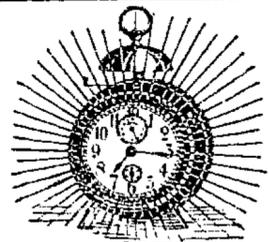


Das Neueste **Das Beste** **Das Billigste**

Konfektion
fertig und nach Mass für 8266
Damen und Herren
Pelzwaren etc.
Möbel, Teppiche, Gardinen etc.
Werden Sie mein Kunde.
Verlosung am 30. Dezember.
Erster Preis: „100 Mark“ bares Geld etc.
Verkauf zu bisher in Breslau
noch nicht gebotenen leichten Zahlungs-Bedingungen.
Beamte, alte Kunden, sowie Kunden anderer Geschäfte
ohne Anzahlung.
Kredit koulant und streng diskret.
Jeder Käufer erhält eine elegante Uhr gratis.
Adolf Schröter
Ring 2. früher langjähriger Inhaber der Firma **Ring 2.**
Ecke Nikolaistr. **Julius Ollendorff & Co.** Ecke Nikolaistr.



Grösstes Wunder
Hierin unsere Preise. Auszüge. Uhr
10 Mt. Nach Maß, wunderbar. 1897.
Jahres 4 1/2 Mt. Dosen 2 1/2 Mt. 1894.
Anz.-gfabrik Wallstrasse 17a, 1



Konfurrenzlos.
Nachleuchtendes
Zifferblatt.
3000
Weckeruhren
bekannt gute Marke
billig erworben.
Stück 1.50 Mt.
Meine Weckeruhren werden auf
guten Gang und richtiges Wecken
kontrolliert und gehen [5342]
1 Jahr schriftliche Garantie.
Paul Alter,
Uhren- und Goldwaren-Kaufhaus,
Kupferschmiedestr. Nr. 17,
Ecke Schmiedebücke.

Neumarkt 45.
Arbeitshosen.
UNZERREISSBARE
ARBEITS-
HOSEN
sehr dauerhaft nur bei
Gustav Knauerhase.
Inhaber **Oskar Dehmel.**
Neumarkt 45. — Gebr. 1883.

**Haus- und Kuchengeräte, Lampen,
eiserne Öfen und Ofenrohre
zu billigsten Preisen.**
Paul Hauschild Jr.
Friedrich-Wilhelmstrasse 102.

Versand-Kaus
hygienischer
Gummi-Artikel
A. Kindler, Breslau I.,
Jankernstr. 4.
Gegründet 1870.

Spülspritzen
Irrigatoren, Leibbinden,
Blasenbinden und ähnlichen
Gummisachen.
10jährige Erfahrung
dieser Branche.
Katalog gratis und franko.
Bestellort: **Kupferschmiedestr., neben
Kupferstrasse.** 2924

Deutsch-Amerik. Schuhwaren
Das Geld ist knapp,
Die Zeit'n schwer —
Das Portemonnaie bei Vielen leer,
Denn, wer will grosse Freunde
machen,
Kauf als Festgeschenk nur prak-
tische Sachen.
Recht feste Stiefel und Hausschuh'
fein.
Ja, solche Sachen müssen sein. —
Hausschuh' und Stiefel, wie jeder
weiss,
Kauf man bei uns zu billigen
Preisen.
**Unser
Weihnachts-
Verkauf**
bietet Gelegenheit zum Einkauf praktischer Geschenke zu
enorm billigen Preisen.
**Dauerhafte Herren-, Zug-, Schnür- und
Schnallenstiefel** von 4.25 an
Elegante Herren-Schnürstiefel mit Lackkappe von 6.25 an
Elegante Damen-Schnürstiefel m. Lackkappe von 4.65 an
Hochelegante Goodyear-Welt-Schnürstiefel
in den modernsten Formen, sonst 16.50,
Für Damen 10.50 Für Herren 11.90
Damen-Tuchstiefel mit Rindlackbesatz, 4.90
ext. hoch u. Doppelschuhle, sonst 7.50, jetzt jed. Paar
Warme Tuch-Schnallenstiefel mit Ledersohle u. Absatz
für Kinder für Mädchen für Damen für Herren
1.45 1.75 1.95 2.25
Ein Posten **warme Winterschuhe** mit Spaltleder-
sohle, für Damen und Herren jedes Paar 0.95
Dauerhafte Knaben- und Mädchenstiefel mit und ohne
warmen Futter Grösse 27 u. Grösse 28 u. Grösse 28 1/2
3.90 4.65 5.25
Pelzgefütterte Herren- und Damenstiefel
in allen Preislagen.
Elegante Tanzschuhe in Kalllack u. Chevreau-
leder von 4.90 an
Mehrere 1000 Paar Gummischuhe
für Damen für Herren
1.75 2.45
1000 Paar Herren-, Damen-, und Kinder-Hausschuhe
und Pantoffeln, Reismuster, Einzelpaare und 1 mit kleinen
Fehlern zum Aussehen zu jedem annehmbaren Preis.
Jeder überzeuge sich von der
Billigkeit unseres Angebotes.
Deutsch-Amerik. Schuhwaren
G. m. b. H. 9149
20, Schmiedebücke 20, im Nussbaum, und
41, Gräbschenerstrasse 41, Ecke Friedrichstrasse.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste
verkaufe ich, um mein Vorrat zu räumen, zu nachstehend
enorm billigen Preisen:
Herren-Uhren von 3.— Mt. an
silberne Herren-Uhren von 6.— bis 60.— Mt.
silberne Damen-Uhren von 5.50 bis 25.— Mt.
goldene Damen-Uhren von 12.— bis 100.— Mt.
goldene Herren-Uhren von 25.— bis 350.— Mt.
Wecker und Wanduhren von 1.50 Mt. an
Regulatoren, alle 1 m bis 1.50 m groß, 14 Tage gehend und
Schlagwerk von 10.— Mt. an
Broschen, Ohrringe, Armbänder, Ringe, Ketten
in kolossaler Auswahl. — Umtausch bis Neujahr gestattet.
Leiste für sämtliche bei mir gekauften Uhren und Goldwaren
jahrelange Garantie.

Max Frenzel,
Gegr. 1899. Uhrmacher (Gegr. 1899.)
Friedrich-Wilhelmstrasse 39
neben dem „Deutschen Kaiser“. 7691

August Heyne
Rohrtabakhandlung 8934
Breslau, Karls-Strasse Nr. 27.

Diese 3 Schlager
erreichen den **Gipfel der Billigkeit**
Herren-Hüte steif u. weich, hochmodern 1.95
Mützen für Herren und Knaben, mit Ohren-
schutz, gute Stoffe 65 Pl.
Klapp- u. Zylinder-Hüte streng mod. Fassung
mit Garantie 4.75
Hut-Fabrik-Niederlage 9204
H. Schönfeld, Schmiedebücke 17/18
Ecke Kupferschmiedestr., neben Reform-Kino.
Filiale: **Adalbertstrasse 6.**

Eine aussergewöhnliche Einkaufs-Gelegenheit
für das bevorstehende **Weihnachtsfest** bietet ich meiner werthen Kundschaft
und gewähre ich bis auf weiteres auf meine weltbekannt billigen Preise
10% Extra-Rabatt.
Als ganz besonders billig empfehle ich:
Herren-Remontoir-Uhren von 3.— Mt. an
Echt silberne, gefest. gef. Herren-
und Damen-Uhren 6.—
Goldene Damen-Uhren 12.—
Goldene Herren-Uhren 25.—
Freischwinger und Regulatoren mit
Schlagwerk, ca. 1 Meter lang. 10.—
Wecker 1.25
Herren- und Damenketten in grosser Auswahl.
Ohrringe, Broschen, Armbänder, Spazierstöcke u. Silbergriff.
Spezialität: Goldene Leantinge nach Gewicht in allen Preislagen.
Eigene Werkstatt für Reparaturen.
A. Möwius, Uhrmacher, Markt 1. Goldwaren-Kaufhaus
Kupferschmiedestr. 56, befindet. Vom Ring aus links. 3813
Achtung! Ich mache noch besonders darauf aufmerksam, dass sich mein
Geschäft nach wie vor in Kupferschmiedestr. 56,
Schmiedebücke 56, befindet. Vom Ring aus links. 3813

Die Antwort

der Deutschen Sozialdemokratie auf die englische Friedensadresse.

Genosse Bebel hat an den Vorsitzenden der englischen Arbeiterpartei, Abgeordneten Genossen Mac Donald, folgendes Schreiben gerichtet:

Zürich, 11. Dezember 1911.

Freunde und Parteigenossen!

Als Ihr am 9. d. Mts. Eure Adresse an die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages beschloß, war die letzte Session desselben eben zu Ende; unmittelbar darauf folgte die Auflösung des Reichstages.

Die nicht mehr bestehende sozialdemokratische Fraktion des Reichstages kann daher Eure Adresse nicht beantworten. Dagegen glaube ich, als ihr ehemaliger Vorsitzender, Eure Adresse im Sinn und Geist der Fraktion beantworten zu dürfen, überzeugt, daß ich damit in vollem Einverständnis mit ihr handle.

Wir teilen voll und ganz die Bestimmungen der in Eurer Adresse zum Ausdruck bringt. Wir werden im Gegenzug zu einflussreichen Reisen innerhalb unserer Herrschaftsbereiche alles aufbieten, um den Frieden zwischen zwei Kulturvölkern, wie es das englische und deutsche sind, aufrecht zu erhalten.

Sollten ernstliche Differenzen aus dem Gegensatz gewisser wirtschaftlicher oder politischer Interessen entstehen, so werden wir gleich Euch unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß diese auf dem Wege friedlicher Verständigung geschlichtet werden.

In erster Linie werden wir es als unsere Pflicht betrachten, dem Weltfrieden zu Wasser und zu Lande mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Wir werden dementsprechend kein Mittel unversucht lassen, in dem eben erwähnten Wahlkampf die Wähler Deutschlands darüber aufzuklären, was für ein furchtbar verhängnisvolles Ereignis ein Krieg zwischen England und Deutschland sein würde, der in Monaten zerbricht, was in jahrzehntelanger Kulturarbeit im friedlichen Wettbewerb der beiden Völker aufgebaut wurde.

Dazu käme die kaum abzumehrende Gefahr, daß ein Krieg zwischen England und Deutschland das Signal zu einer europäischen Völkerschlächterelei gäbe, deren verhängnisvolle Wirkungen niemand zu ermessen vermag. Die Arbeiterklasse, die auf dem Schlachtfelde der Industrie und des Ackerbaues Jahr um Jahr ungezählte Katalomben an Menschenleben opfern muß im Interesse ihrer Ausbeuter, trägt kein Verlangen, auch noch den imperialistischen Geheiß ihrer herrschenden Klassen zuliebe noch größere Opfer zu bringen.

Kann die bürgerlich-kapitalistische Welt nicht mehr ohne Völkermassenschlächterelei bestehen, dann ist es Zeit, daß sie einer anderen sozialen Ordnung Platz macht, in der Friede, Freiheit und menschliches Glück nicht mehr der Spiel einer Minderheit nach immer größerer Macht und immer größerem Reichtum geopfert werden.

Mit brüderlichem Gruß und Handschlag

A. Bebel.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Dezember.

Geschichtskalender.

16. Dezember.

175 Der Dichter Heinrich Kruse in Straßburg *.
1860 Der Arzt Niels Ryberg Finzen in Thorshavn *.

Wer ist wahlberechtigt?

Leute, die krank, arbeitslos oder invalide sind, glauben oft, sie hätten kein Reichstagswahlrecht und dürften nicht wählen; dasfelbe nehmen vielfach Arbeiter an, die keine Steuern zahlen, Krankengeld oder irgend eine Rente erhalten. Wir betonen ausdrücklich, daß alle diese Personen wahlberechtigt sind und sich ebenfalls überzeugen sollen, ob sie in der Wählerliste stehen. Auch vorübergehende Armen-Unterstützung, Verpflegung von Frauen und Kindern im Krankenhaus, einmalige Beihilfen, Freischule bringen keinen Bürger um sein Wahlrecht; das geschieht nur durch dauernde Armenunterstützung.

Eine große Wähler-Versammlung

wird Sonntag abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus abgehalten. Redner ist Genosse Richard Fischer aus Berlin, der bisher den Wahlkreis Berlin II im Reichstage vertreten hat. Genossen, erscheint recht zahlreich und sorgt auch dafür, daß die Gleichgültigen in die Versammlung kommen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Wieder einmal galt es gestern in der Stadtverordneten-Versammlung, einen Nachfahrjahren zu ehren, nämlich den Stadtverordneten Ehrlich, der seit 36 Jahren Mitglied der Versammlung ist. Die Glückwünsche des Vorsetzers an den Jubilar, der sich allen Ehrungen entzogen hatte, fanden auf allen Bühnen Zustimmung.

Bei der Vorlage, welche die Anschaffung von staubfreien Müllabfuhrwagen für die damit noch nicht bedachten Stadtteile vorschlägt, meldeten sich wieder eine Anzahl Freunde des Müllwagens, die sich von den alten Decawagen nicht trennen können — allen voran natürlich der Stadtverordnete Moller, dem leider teilweise auch die Herren Hoffmann und Majer Gehörigkeit leisten. Herr Mollers Antrag war die ausgefallene Idee in die Debatte, ob man nicht das ganze Abfuhrwesen der privaten Regie abgeben solle. Da eine Einstimmigkeit der Meinungen nicht herbeizuführen war, wird der Ausschuß die Abfuhrwagen noch einmal untersuchen.

Die größte Debatte der öffentlichen Sitzung rief wieder die Regelung des Breslauer Straßenbahn-Werkebes und seiner Tarife hervor. Die Magistrats-Vertreter, die sich in der letzten Sitzung gegen die Wochenkarten für Arbeiter und Angestellte erklärt hatten, sind in den Stadtverordneten Moll, Löbe und Bujakowski energische Gegner und zogen sich von ihrem rein abnehmenden Standpunkt auch etwas zurück. Herr Bohlauer stimmte einen Triumphzug für die Straßenbahnverwaltung an und die weitere Debatte uferle bald zu einem unübersehbaren Geyßel um Hallestellen, Wagenbeleuchtung und andere technische Fragen aus, in dem ein intensives Zwiegespräch zwischen den Stadtverordneten Jungfer und Bujakowski besondere Heftigkeit erregte. Das Ende der Debatte war auch hier Überweisung an einen Ausschuß.

Bei der Aufhebung der Kommunalsteuerpflicht für die mit einem Einkommen von 600 bis 900 Mark eingetragten Bürger, die der Magistrat beantragte und die Verwaltung einseitig genehmigte, gedachte Herr Fischer, seiner Partei einen Aufmarsch zu machen, woraus ihm jedoch unter der großen Heftigkeit der Versammlung von Genossen Löbe ein paar Plättchen herausgerupft wurden.

Die erfreulichen Erfolge der neuen Zinsanhebung durch den städtischen Subventionierten Sparverein fanden in Genossen Löbes einen warmen Verteidiger; er konnte mitteilen, daß sich die Verwaltung des Nachweises für Dienstleistungen in den letzten Monaten schon sehr gehäuft hat.

Ueber den Verlauf der größeren Debatten berichtet folgender Bericht:

Stadtbahnfragen.

Stadtv. Dr. Moll (abg.): Es ist gegenüber dem Verlangen nach Arbeiterwochenkarten auf die Streckenarten hingewiesen worden. Damit ist aber die Frage nicht beantwortet. Der Arbeiter kann nicht 10 Mk. vierteljährlich geben und kann auch mit Hilfe einer Linie nicht an die Arbeit kommen, wenn er sich den Arbeitsplan anschaut. Wir müssen deshalb diese Möglichkeit nochmal genau prüfen. Die Arbeiter haben einen Anspruch auf die Arbeitskarte. Die Karten müßten für zwölf oder vierzehn Monate ausgestellt werden, weil in die Woche auch Feiertage fallen, an denen die Karte nicht benutzt werden könnte. Es wird geändert, wenn man für die Karte 10 bis 15 Mk. verlangt. Dann bin ich dafür, daß man die Karte nicht nur vier Wochen, sondern vier Monate ausstellt und zwar so, daß man die Karte benutzen kann für alle Linien derselben Strecke. Früher war das in der alten Karte schon; jetzt aber hat das der Magistrat übersehen, was ganz unverständlich ist und auch die Durchführung herbeiführt, was hat da über schon die unangehörigen Linien in den Wagen der Straßenbahn stehen. Die Karte sollte eigentlich nicht nur in einem Wagen in der Arbeiterkarte, sondern durchaus berechtigt ist.

Stadtv. Dr. Moll (abg.): Ich möchte noch einmal wiederholen, daß wir nicht unangenehm Gegner der Wochenkarte sind; wir sind auch bereit, daß die Wochenkarte genau und richtig sein wird. Aber wenn der Ausschuß die Wochenkarte beschließt, werden wir ja mit uns reden lassen. Wenn man dann auf veränderte Bedingungen zu gehen, deren Berechnung er nachzusehen vermag. Die Frage der Streckenarten wird er wie auch nachher prüfen.

Stadtv. Dr. Hoffmann (abg.): Ich möchte mich gegen die Erhöhung des Preises der Arbeiterkarte wenden. Ganze Vorkosten werden nicht von mir anfallen. Die Berechnung der Wagen Mollers von den Linien ist ein wenig unklar, namentlich sollten sie noch anders lauten.

Stadtv. Löbe (abg.): Als uns der Magistrat die Erhebung der Straßenbahn empfahl, hat er als ersten Gesichtspunkt einer guten Verwaltung nicht den vollständigen Ausverkauf, sondern die Abgabe an die Arbeiter zu erwägen. Die Arbeiter sind die Hauptstütze der Bevölkerung. Wenn wir aber heute die Klagen über mangelhafte Wagenfolge

Lieder-Abend Edyth Walker.

Die hier seit ihrem Erscheinen am musikalischen Stern und wohlbekannte Künstlerin, welche sich seitdem zu einer der besten Bühnensängerinnen der Gegenwart herausgearbeitet hat, gab am Donnerstag im großen Konzerthaus eine Lieder-Abend. Frau Walker ist nicht eine Bühnensängerin, die sich einmal das Podium betritt, um ein Geplauder der Musikanten liegende Gesänge geistlos zu abspielen, sondern sie singt es, die Lieder, welche sie erwählt, geistig zu beleben, und ist besonders den modernen Kompositionen eine maßgebende Interpretin, zumal sie zu ihnen künstlerische persönliche Beziehungen hat. Die Künstlerin sang außer einigen Liedern von Schubert und Strauss, von denen die „Macht“ in Folge der unheimlichen Ereignisse der letzten Wochen besonders hervorgehoben werden möchte, die ersten drei Gesänge von Wagner zeigen oft eine geläuterte Auffassung der ursprünglichen Fassung, neben der hin und her warme Leidenschaft erlingen. Kontrastierend hebt sich das vierte, „Hörst du im Orchesterbericht“ gebrachte reizend frische Lied (aus „Das Mädchen Wunderhorn“) ab. Die von der Auffassung der Frau Walker freudig erhellte erhellende Wiederholung läßt sie dem oben erwähnten persönlichen Einfluß des Autors zu. Das Fehlen der farbenreichen Orchesterbegleitung konnte die einflussreiche Wirkung der Komposition nicht abschwächen. Gustav Erbe steht auf der Höhe der Orchesterbegleitung oben; auf dem Gebiete des Liedes dürfte er kein „Wagner-Precher“ werden. Seine Redewendungen klingen recht gemäßigt und unersonlich; die gewählten Texte sind zudem von einer bedeutend schmerzhaften Konturierung befreit. Man hört heute so häufig die unkontrollierbare Redensart, daß es einer späteren Generation vorbehalten sein soll, die modernen Gesänge besser zu verstehen, als wir es imstande sind. Das anwesende Publikum schien sich als einen Vorläufer dieser Generation zu betrachten und verstand den „Arbeitsmann“ so ausgezeichnet, daß es ihn zur Wiederholung begehrte. Im Schluß des anwesenden Programms gedachte Frau Walker diesen Wunsch für meinen Teil hin reichlos! Wie überaus fein sind dagegen die Pflichten der Schöpferin. Der „Friede“ ist in seiner Formvollendung, prägnanten Ausdrucksweise ein kleines Meisterwerk. Hier war der folgende Teil sehr am Platze und die Konzertgeberin, unterstützt von dem wunderbar abgetriebenen Klavier des Herrn Professor Robert Kahn aus Berlin sang dieses Stückchen ein zweites Mal; auch gegen ein drittes Mal hätte wohl niemand etwas einzuwenden gehabt. Auch die Straußschen Gesänge waren ebenso neu, wie unglücklich gewählt. Daß Frau Walker alle die zwanzig Lieder mit glänzender Intonation, feinstem Rhythmus und ausserordentlichem Geschmack vorbrachte, erübrigt sich zu sagen. Daß die Künstlerin nicht nur oberflächlich in den geistigen Gehalt der Vortragsstoffe eingedrungen ist, beweist schon der Umstand, daß sie die Lieder ohne Notwendigkeit sang. Die Künstlerin, welche alle Regungen ihres gewaltigen Könnens aufso, erzielte stimmungsvollen Erfolg. Dieser dürfte sie für den Anblick des sehr schwach besetzten Saales einigermaßen entschädigt haben.

Die Klavierbegleitung war bereits erwähnt. Herr Professor Kahn hat nicht nur ein prächtiges Klavier, sondern geht mit sich auch durch große, in diesem Falle sogar durch übertriebene Virtuosität aus. Auch er ist Komponist verschiedener, aber nicht über die Höhe der Kunst zu urteilen, welche Frau Walker auf ihr Podium geleitet hat. Eine unüberhörbare Klavierbegleitung an Klavier möchte ich nebenbei nicht erwähnen.

Aus aller Welt.

Zur Benzinexplosion in Saargemünd. Zur Benzinexplosion wird noch berichtet: Der Besitzer des Geschäftes ist festgenommen worden und festgehalten wurde, daß zu große Mengen Benzin im Hause lagerten. Die Arbeiten zur Rettung der Verwundeten mußten am Abend eingestellt werden, weil Gefahr für das Leben der Rettungsmannschaft bestand, da das Haus jeden Augenblick einzustürzen drohte. Die Zahl der Verwundeten beträgt vier, von denen keiner mehr am Leben sein dürfte. Es sind der Geschäftsführer, ein Lehrling und zwei Käufer, die zufällig in dem Laden gestanden hatten.

Ein durchlauchtiger Antimilitarist. Der österreichische Erzherzog Franz Ferdinand. Mit eifer in einem Trauermoment, wurde vom Kaiser ohne Obdauern beiläufig Erzherzog Franz Ferdinand der seit längerer Zeit nicht mehr am Leben ist, welche eine so außerordentliche Abneigung gegen seinen militärischen Beruf und gegen so oft und in heftiger Monotonie mit seinen Vorgesetzten, daß der Kaiser sich zu dieser radikalen Maßregel entschloß.

Wie hätte solcher Antimilitarismus einem nichtprinzipiellen Soldaten angefallen!

Selbstmord eines Liebespaars. Mittwoch nachmittags fand man im Königsof in Köln in der Nähe des Kaiser-Wilhelm-Schießplatzes ein Liebespaar erschossen. Man nimmt an, daß die Liebenden in gegenseitig einverständnis in den Tod gegangen sind. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint es sich um einen Offizier und eine Verkäuferin zu handeln, die, da sie wegen des ungleichen Standes eine Ehe nicht für möglich hielten, den unglückseligen Entschluß faßten und zur Ausführung brachten.

Säuretafel einer Antke. Mittwoch abend erdroffelte die Frau des pensionierten Postkassiers Wiegand ihre zehnjährige Tochter und tötete sich am selbst. Die Frau hat die Tat anscheinend in krankhaftem Zustande vollbracht.

Apachenstiche in Paris. Eine Senatskommission berät gegenwärtig Ausnahmegesetze gegen die Pariser Apachen. Wie nötig diese Maßregel ist, beweisen folgende Vorfälle. An der Rue de Croux rottete sich etwa ein Duzend

er berüchtigten Apachen zusammen die harmlose Ballmännchen abzufragen, umhandelt und zu rauben. Als die Polizei endlich auf die Spur der Ungehörigen gekommen war, empfand sich ein Versuch, in dessen Verlauf zahlreiche Revolverkugeln in die Luft schlugen. Die Kugeln stoben bis auf einen, der verhaftet werden konnte.

Tod eines reichn Weizhals. In Hilsburg starb ein Reiter Taentke, der sehr eifrig geübt hatte; er ging in m abendlichen, auf dem Wege nach Hause, bewohnte eine hübsch ausgestattete, nach dem Orte hin ausgerichtete Tante und wollte bei seinem Tode auf Kosten der Armenverwaltung eine Beerdigung. Nach dem Tode des Weizhals fand man 200.000 Mark in Wertpapieren. Als glückliche Erben kommen zwei Malter Damen in Betracht.

Ein historisches Feuer angebrannt. Das im Jahre 170 erbaute Teatro Sociale in Mailand ist in Brand geraten und gänzlich zerstört worden. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Wid. Bei der Heimkehr von der Arbeit fand der Maschinenbauer Dreyse in seiner Wohnung am Johann Volksweg 8 in Hamburg keine Gekochte, sondern durchschnittenen Nichte und Verlegung am Unterleibe vor. Man vermutet einen Mordanschlag oder Selbstmord. Dem Dreyse, einem Maschinenbauer namens Dollfus, der sich in Bremerhaven, ist man auf der Spur.

Mord eines abgewiesenen Freiers. In Oberhausen erwiderte die 54-jährige Frau Bergmann die 54-jährige Witwe Weizhals, da die Frau keine Liebesanträge zurückwies. Der Mörder wurde verhaftet.

Wichtige Benzinexplosion in Pardubitz. In der Petrochemischen Fabrik Pardubitz wurde ein großer Brand. Mehrere Arbeiter verletzten sich an den Flammen. Man muß die Arbeiter aus dem Bereich lassen.

Schwere Kohlenexplosion in München. In einer Eisentouristikfabrik in der Stadt München erfolgte eine schwere Kohlenexplosion eines Kohlenbehalters. Der 28-jährige Arbeiter Wolfstatter erlitt tödliche Verletzungen und wurde in die chirurgische Klinik eingeliefert. Durch den Aufbruch wurden 65 Arbeiter schwer verletzt. Zum Glück wurden nur ein Arbeiter in den Fabrikräumen am Leben.

Ein Steuerhinterziehungsprozess. In Rudolfsstadt erregt gegenwärtig ein roher Steuerhinterziehungsprozess Aufsehen. Angeklagt ist der Rechtsanwalt Mohr, der als mehrfacher Millionär gilt und zahlreiche Grundstücke besitzt. Er wird beschuldigt, von den Ertragssteuern dieser Grundstücke seit einer Reihe von Jahren hohe Beträge seiner Einkommensteuer verschwiegen zu haben. Angeklagt sollen die Steuerhinterziehungen gegen 900.000 Mark betragen. Die Verhandlungen dauern fort.

in Schicht. Einführung der Nachtlote, Beschränkung der Streckenartenbenutzung, dann scheint es fast, als habe der Bureauplatz seine Indovore Band schon nach dem Antritt ausgetrennt. Von demnach ist das aus den Argumenten ersichtlich, die gegen die Stredenarten für Arbeiter und Angehörige vorgebracht wurden. Es ist das (dar. daß Stredenarten die Wochenlöhne nicht erhöhen können, denn erstens kann kein Arbeiter 10 Mark oder 12 Mark auf einmal für die Stredenbahn ausgeben, am weitesten gerade am Monatslohn, und zweitens wäre das ganz unrationell, weil Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzwechsel und Arbeitsstellenwechsel für die Stredenart gar nicht ausrechenbar. Die Stärke muß also der Lohnzahlungsperiode angepaßt sein; der Kreis muß zur Vermeidung der Fahrkartenpreise möglichst unter 50 Pfa. bleiben und die Stärke muß zur regelmäßigen Morgen- und Nachmittags-Verwendung hergerichtet sein. Arbeiterfahrkarten sind keine Ersatzmittel, wie das gegen Studenten- und Beamtenarten angedeutet wird, sondern eine einfache Anpassung an die besonderen Verhältnisse der Arbeitnehmer; sie sind in anderen Städten und von der Staatsbahn bereits eingeführt. Sie sind auch vom finanziellen Gesichtspunkt ein Vorteil, denn wer regelmäßig morgens zwischen 6 und 7 Uhr auf der Straße ist, weiß, daß die meisten Wagen um die Zeit fast leer fahren. Sie würden sich mit der Ausgabe der Wochenkarten füllen und der Stadt nur Vorteile bringen. Deshalb erwarte ich um Annahme untere...

Stadtv. Wolf (lib.): Im Gegensatz zum Vorredner bin ich der Meinung, daß die Straßenbahn doch denselben Nutzen bringen muß, den wir vorher hatten. Aber trotzdem bin ich für Arbeiterfahrkarten und überhaupte für die Erfüllung gewisser sozialer Forderungen, die uns die Wohnungsnot auferlegt. Ich hoffe dann, daß es uns möglich sein wird, die Umkleekabinen zu verbessern. Die alten kleinen Umkleekabinen sollte man verkaufen, denn es besteht die Gefahr, daß eine Gehirnerschütterung zu erleiden. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Wöhlauer (lib.): Es ist in der vorigen Sitzung ein Artikel über die Verwaltung herabgekommen. Gewiß, man hat manches unterlassen, besonders ist die Presse nicht unterrichtet worden. Doch hat die Verwaltung auch große Verdienste. 2. B. sind die neuen Strecken schon am 15. November eröffnet worden. Herr Wolf sprach von sozialen Forderungen, die erfüllt werden müßten. Nun, wir wollen warten, wie wir abhelfen und haben dann weiter zu entscheiden. Die Negarten auf 50 Mk. zu erhöhen, geht nicht an; ebenso wenig die Beamten- und Schülerkarten. Die Arbeiterkarten einzuführen, ist dringend nötig. Darüber kann im Ausschuss beraten werden; über die Vieh- und Stredenarten können wir aber schon heute beschließen, denn darüber sind wir einig.

Stadtv. Jarkisch (lib.): Ich muß mich über die Aufhebung der Haltestelle an der Leichtrasse beschweren. Sie würden den Umwohnern geradezu ein Weihnachtsgeschenk machen, wenn Sie diese Haltestelle wieder einrichten.

Stadtv. Dujakowich (kon.): Ich muß sagen, Herr Löbe hat den Magistrat noch zu hart behandelt. In dem Vorgehen des Magistrats liegt zum Teil eine große Mäandrosität, so bei den Karten und der Aufhebung von Haltestellen. Die Bürgerschaft darf unter städtischer Verwaltung nicht schlechter behandelt werden, als früher. Wenn der Polizeipräsident zu streng ist bei den Haltestellen, dann sollte ihm der Magistrat entgegenkommen. Das Wohl der Bürger hat oben an zu stehen. Die Arbeiterarten unter 50 Pf. zu schaffen, muß unser Bestreben sein. Alle diese Fragen sind im Ausschuss zu prüfen. Früher gingen 50 Prozent des Gewinnes in die Taschen der Unternehmer. Mit diesen 50 Prozent muß es doch möglich sein, alles das einzuführen, was die Bürgerschaft mit Recht zu wünschen hat.

Stadtv. v. Scholz: Die Befindlichkeit der Wagen veruchen wir schon jetzt zu bessern. Ich gebe zu, daß die Verlegung der Haltestellen nicht immer glücklich war; aber es müßten doch manche von ihnen beibehalten werden, wenn der neue Fahrplan am 15. November eingeführt werden sollte.

Oberbürgermeister Bender: Wenn hier eine eingehende Kritik geübt wird, dann sehe ich nicht ein, wenn wir mit der Beratung fertig werden sollen. Es ist unerwünscht, so lange wir die Privatbahn haben, da waren z. B. die Schaffner höflich; jetzt sollen sie auf einmal unfreundlich sein. Man kann doch nicht sagen, daß die früheren 50 Prozent Gewinn der Aktionäre für den Ausbau der Straßenbahn verwendet werden könnten; wir müssen doch auch das Unternehmen nützen.

Stadtv. Junger (lib.): Es sind Karten für mehrere Linien für 20 Mk. gefordert worden; das müßte doch zu einem schlechten finanziellen Ergebnis führen, denn es würden dann nur wenige Vollabonnements verkauft. Herr Dr. Hanke verlangte die Karten für 25 Mk.; auch das ergäbe eine bedeutende Mindereinnahme, die umso mehr ins Gewicht fiel, als auf der anderen Seite größere Mehrausgaben entstehen.

Stadtv. John (kon.): Es ist die Frage zu prüfen, ob nicht der ganze Apparat der Verwaltung zu verbilligen wäre. Ein Schlusstrang wird vom Stadtv. Mugdan (lib.) begründet. Stadtv. Dr. Perschel (lib.) spricht gegen ihn. Der

Zugung wird angenommen und dann die Vorlage mit allen Anträgen dem Finanzausschuss überwiesen.

Steuerebene.

Der Magistrat beantragt, vom 1. April 1912 an die Einkommen von 600 bis 1000 Mk. jährlich von der Gemeindeeinkommensteuer freizulassen. Es erklärt hierzu der Berichterstatter:

Stadtv. Zeige (lib.): Die finanzielle Bedeutung der Vorlage ist zwar nicht zu unterschätzen, es gehen etwa 130 000 Mk. ein, aber das wiegt die Nachteile nicht auf, die bei der Steuererhebung entstehen; denn es handelt sich um arme Leute, denen die Steuern sehr schwer fallen. Jemand eine Verminderung des Wahlrechts ist damit nicht verbunden.

Kämmerer Maithes: Ich kann auch nur betonen, daß das Wahlrecht durch die Vorlage nicht berührt wird.

Stadtv. Dr. Perschel (lib.): Ich muß erklären, daß diese Vorlage einem lang gehegten Wunsche meiner Freunde entspricht. Herr Dr. Jeron (Dr. Heiterkeit) hat bereits vor sechs Jahren die Steuererhebung der Einkommen von 600 bis 1000 Mk. gefordert.

Stadtv. Löbe (Soz.): Ich möchte erklären, daß die Vorlage auch einem von uns lang gehegten Wunsche entspricht. (Große Beifall.) Mein Genosse Zeige hat eine dahingehende Anregung meines Wissens schon vor acht Jahren gegeben. (Große Beifall.) Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Die Anschaffung von 11 neuen Hausbreiten Müllabfuhrwagen zum Preise von 70 200 Mark rief eine Debatte hervor. Der Sekretär Stadtv. Dr. Hoffmann hält die neuen Wagen nicht für ideal; zudem sind sie unpraktisch und auch nicht feuerfest. Stadtv. Kolber ist verwundert darüber, daß die Maritallverwaltung schon wieder mit neuen Forderungen komme. Man solle erst die alten Wagen anbrauchen. Stadtverordneter Mugdan sagt an, mit Rücksicht auf die immer größer werdenden Ansprüche, die die Maritallverwaltung an Material, Grundstücke usw. stellt, die Müllabfuhr in Privat Hände zu übergeben. Stadtv. Kaiser (freie Vereinig.) will einen Teil der Forderung gestatten wissen, weil das neuingemeindete Grundstück, das der Stadt ohnehin mit seinen Konnotationen zu viel Geld koste, die neuen Wagen noch nicht brauche. Die Vorlage ging an den Ausschuss.

Der Ankauf von Grundstücken auf den Dörfern, die jetzt vorläufig noch wertlos sind und daher nur für häusliche Verwendung finden, rief eine lebhaft Debatte hervor. Der von der Besitzerin geforderte Preis von 93 000 Mark für das 21 Morgen große Grundstück war dem Ausschuss zu teuer. Mit 70 000 Mark sei es gut bezahlt. In die Sprache tritt der Oberbürgermeister wiederholt ein, so aber schließlich die ganze Vorlage im Namen des Magistrats zurück, weil deren Annahme durch die Veranlassung ausichtslos war.

Der Ankauf des Hausgrundstücks Markgrafenstraße 1 zum Preise von 12 000 Mark (gefordert wurden 21 000 Mark) wurde beschlossen.

Eine Debatte wurden angenommen die Forderung der meisten für Erwerb der Grundstücke Dörfern Nr. 25 und 41, die Erwerb der Grundstücke Bohrauerstraße 69, die Übernahme der elektrischen Anlage auf dem Rittergut Dörfern und des Betriebs Jochensteig nach Ablauf der Leihzeit, die Gewährung eines Patents auf den Ankauf der Dörfern, die Veräußerung von Arbeiter-Parkett auf dem Grundstück an der Dörfern Straße, die Veräußerung für die Forderung von Ehrenämtern, die Veräußerung der Grundstücke von Rechnungen, die Veräußerung der Zusammenlegung des Theater-Sonder-Ausschusses, die Aussetzung der Geschäftsräume des städtischen Kaufmannvereins, die Einsetzung einer Grundbesitzkommission, die das Recht haben soll, Grundbesitzbesitzer in Gemeindefürsorge zu versetzen, die Veräußerung von Grundbesitzbesitzern, die die Veräußerung von Grundbesitzbesitzern in der Dörfernstraße, die Gewährung der Ausschuss über die Aufhebung der Markgrafenstraße zwischen Kaiser Wilhelm- und Gabelstraße.

In die Ausschüsse verwiesen wurden die Veräußerung einer städtischen Grundbesitzbesitzer im Turnplatz des Jugendheims, die Vorlage über die Erwerb der Grundstücke für einen Teil des in die Dörfernstraße fallenden Grundstücke Lehmannstraße, der Ankauf von Grundstücken in Ankauf der Arbeiter-Kaufmannvereins. Nach der öffentlichen Sitzung, die über eine Stunde dauerte.

*** Feuerungszulagen.** Wie wir erfahren, haben Rathheims Maschinenfabriken in ihren Betrieben in Herdingen a. Rh., Karlsruhe, Magdeburg, Mainz, Frankfurt a. O., Groß-Croß und Breslau ihren Arbeitern Feuerungszulagen gewährt. Das verdient anerkannt und nachgeahmt zu werden.

Achtung, Landboten-Verteiler!

Diese Woche kommt ein Flugblatt heraus, das noch vor den Feiertagen verteilt werden muß. Die Flugblätter können von Freitag ab im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 3, II., abgeholt werden.

*** An das tausende Publikum richten wir im Interesse der Handelsangestellten die dringende Bitte, an Wochentagen nicht nach 8 Uhr abends und nicht an Sonntagen zu kaufen. Die Handelsangestellten-Schutzkommission des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.**

*** Der Reichsverband im Landreise.** In Pilsnik bei Breslau, wo der Amtsvorsteher Dr. Klaus für einige Monaten einen Ortsverein des Reichsverbandes gründete, tagte am Dienstag eine Reichsverbandsversammlung. Wieder war es Herr Klaus, der den Vorsitz führte und der „Generalsekretär“ Dürr quälte sich längere Zeit damit ab, die bösen Noten manuset zu schlagen. Auf sein Gerate näher eingegangen, ist unendlich; er brachte die alten Geschichten vor, die wir schon oft widerlegt haben. Zum Schluß hat Herr Dürr schließlich, doch dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokraten in den neuen Reichstag nicht gar zu stark einziehen. Wir glauben es dem Herrn, daß ihm vor den Erfolgen des tapferen Reichsverbandes anst und banale wird. Der Vortrag wurde nämlich von den Anwesenden stillschweigend angehört; nur der Herr Amtsvorsteher war entzückt und klatschte vor Vergnügen in die Hände. Als echter Patriot und Reichsverbänder erzählte er dann, es gibt keine Feuertaube, wie die Sozialdemokraten behaupten, und forderte die Wähler auf, den Grafen Carmer zu wählen, der nächstens in Dörfernprosch werden werde. Nach Herrn Klaus ist sich der frühere Wirtschaftsinспектор Brückner in Dörfern; er konnte aber die Anwesenden auch nicht begeistern, obwohl er inzwischen die Reichsverbandskasse betucht und 500 Mk. gekostet hat. „Nun immer so weiter in Pilsnik, Herr Amtsvorsteher; dann wird — uns der Erfolg nicht ausbleiben.“

*** Der Verein der Schuhwarenhändler für Breslau und Umgegend hat sich in seiner Mitglieder-Versammlung am Mittwoch gegen das Rabattwesen ausgesprochen. In den meisten Fällen erzielten Vereine wie z. B. der preussische Deamentverein Rabatte und Sonderabgabe, also Leute, die ohnehin wirtschaftlich besser gestellt seien, als die große Masse der Kaufenden, die ihre Waren teurer bezahlen müssen. Es wurde beschlossen, sich wegen Befreiung der Wirtschaft mit anderen Vereinen zu verbinden. Gegen faule Zahler soll das Mahnverfahren vom Verein betrieben und eine Liste der schlimmsten Schuldner angelegt werden. Die Mindestpreise für Reparaturen haben sich, wie berichtet wurde, gut bewährt. Gegen die Geschäfte, die sich an die Mindestpreise nicht halten, soll wegen unlauteren Wettbewerbs vorgegangen werden.**

*** Gewerkschaftler, Parteigenossen!** Herr Pöjer, der Besitzer der Lunafälle (früher Wilhelmshöhe), Steinstraße Nr. 157/159, verweigert den Arbeitern sein Lokal zu Versammlungen. Die Lunafälle sind deshalb nach wie vor geopfert und streng zu meiden. Die Lokalkommission.

*** Die alten Leute gegen die Rekruten.** Beim Militär glauben die sogenannten „alten Leute“, d. h. die im zweiten Jahr dienenden Mannschaften, oft, etwas Besseres als die Rekruten zu sein. Sie betrachten sich als Vorgesetzte, geben den Rekruten Befehle und behandeln sie. Immer wieder heftigsten sich die Militärgerichte mit solchen oft sehr rohen Ausschreitungen. Am 12. November kam der Rekrut Kohler des Reges in der Eskortierung. Als er bei den Grenadiere Plinius und Boelsch verbeugte, stieß Plinius den Rekruten ohne Grund mit dem Fuß ins Gesicht und Boelsch ohreilte ihn kräftig. Das Kriegsgericht verurteilte die Grenadiere für ihre Hoheit zu je acht Tagen Gefängnis.

*** Wohlfahrts-Einrichtungen für die Eisenbahner.** Aus dem Kreise der Eisenbahner wird uns geschrieben: In den Wohlfahrts-Einrichtungen, die in letzter Zeit viel genannt wurden, gehören in erster Reihe die Frau- und Kindervereine. Zum Segen gereichen sie jedoch nur den Arbeitern, denen es während der Arbeitszeit möglich ist, sie zu benutzen. Früher durften die Leute nach Feierabend haben, ohne daß die Verwaltung davon einen Nachteil hatte. Eines Abends kam ein Handwerker aus dem Amt 16 und wollte haben. Weil er um nicht zum Amt 16 geföhre, erhaltete Werkmeister Brylla Anzeige mit der Begründung, es komme jodel fremdes Volk zum Baden. Darauf wurde das Baden nach Feierabend verboten. Das ist sehr zu bedauern; es kann nur gewünscht werden, das Baden nach Feierabend wieder freizugeben. Auch der Herr Werkmeister müßte doch eigentlich einsehen, daß das nicht mehr als recht und billig wäre.

Das von Unachtsamkeit eingesparrne Dornröschen. Einen Hauptstreich hat wieder einmal literarischer Eitelkeitsanatismus verübt. Diesmal im fahrlässigen Schicksal der „Wesfalen“. Dort steht ein moderner Prachbau, das „Städtische Schauspielhaus“ — an seiner Front geziert mit einigen künstlerisch wertvollen Figuren. Diese aber sind — nach, was daraus entsteht, verflücht eine öffentliche Erklärung des Jagner Theatervereins. Darin wird berichtet, daß dieser Verein, der befreit ist, durch billige Veranstaltungen die Kunst ins Volk zu tragen, in eigener Verantwortung bei der Intendant vier Sonderveranstaltungen für Volksschüler bestellte, in welchen das Weihnachtsmärchen „Dornröschen“ zur Aufführung gelangen sollte. In eine Rechnung der Kosten war nicht zu denken, so daß der Verein erhebliche Zuschüsse leisten muß, außerdem stellte der Verein den Kostenträger der Volksschüler 1000 Eintrittskarten — für jede Vorstellung 50 — unentgeltlich zur Verfügung, die an bedürftige, würdige Kinder verteilt werden sollten. Die Kosten für diese Vorstellungen werden aus Spenden der Mitglieder des Vereins bestritten. Während nun seitens des evangelischen Schulrats mit des katholischen Schulinspektors das Anerbieten des Vereins mit Dank angenommen wurde, haben die katholischen Lehrer fast einstimmig beschlossen, das Anerbieten abzulehnen, und der Grund — die nackten Figuren außen am Stadttheater.

Natürlich werden mannehr die Schulkinder, denen der Genießrich ihrer Lehrer schmerzlich verborgen bleiben wird, in Scharen vor das Theater rücken und die heinernten Madelids begaffen. Und zwar mit einer Stantafie, die naturgemäß durch den darüber erhobenen Spektakel vergrößert ist. Und die werden katholischen Lehrer haben dann Gelegenheit, einmal so recht die Wirkung solcher skandalösen Eitelkeitszererei zu beobachten. Wohl bekomm's ihnen!

Familientragödie. In der Wohnung eines Bauers in Schwabach fiel die brennende Petroleumlampe auf die Frau, die gerade unter ihr stand, herab. Die Frau erhielt sehr schwere Brandwunden und gear gleich darauf einen toten Knaben. Bald nach der vorzeitigen Geburt starb die Frau unter den größtlichen Schmerzen nach kurzer Zeit. Ein anderes Kind des Bauers erlitt gleichfalls tödliche Brandwunden.

Halbergeschiss. Eine schwere Sulverexplosion, deren Ursache bisher noch nicht aufgeklärt werden konnte, ereignete sich in der Rheinisch-Westfälischen Sicherheits-Zündhütchen-Fabrik in Kreisfeld-Eim. Ein Teil der großen Zehrl stand sofort in hellen Flammen. Die Zahl der schwerverletzten Arbeiter ist erstreckterweise und geringer als nach dem ersten Augenblicklichen Untersuchungen angenommen

wurde. Der Zustand der Schwerverletzten ist meist nicht lebensgefährlich. Nur ein Arbeiter liegt lebensgefährlich erkrankt im Krankenhaus darnieder. Er wurde sichtlich verkränkt aus dem brennenden Gebäude hervorgezogen. Der Sachschuß der Zehrl brannte vollständig ab. Das Innere ist ausgebrannt. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen.

Tragen des Sturmes. Infolge des außerordentlich starken Sturmes, der über zwei Tage an der breiten Küste mit unerbittlicher Macht wüthete, sind eine große Anzahl von Schiffen in Gefahr zu verzeihen. Namentlich zwei Schiffe sind wegen des großen Schadens wegen, den sie erlitten, versenkt. Der größte große Transportdampfer „Lauder“ wurde mit großer Kraft an die Küste geworfen; die Besatzung konnte sich nur mit größter Mühe in die Rettungsboote retten. Der Dampfer selbst scheint vollständig verloren zu sein. Rettungsboote sind zur Unterstützung für die Schiffbrüchigen abgegangen. — Zwei Rettungsboote waren im Hafen von Huskone zu schwimmen. Der Leiter des einen der beiden Boote wurde bei dem harten Anprall ins Meer geworfen.

Gräber. Aus dem Hofe des Arsenals in Wien wurden drei Geschosse von je 11 Meter Länge und je 125 Kilogramm Gewicht gehoben. Die der Diebstahl nachgehört worden ist, ist noch vollständig unbekannt. Von den Dörfern sieht jede Spur.

Gint, die sich ausstreckt. Im „Redden Probadier“ ist folgende Annonce zu lesen:

Wädgen,
21 Jahre alt, sehr brav und verständig,
sucht Stelle in Pfarrhaus oder kleiner Familie
bedarfs Entzern des Kochens. Sehr Redenjaeh.
Häheres durch Kath. Pfarramt Pantendach
(bei Aßern).
Heden in Silber — Schweizer Gold, sagt ein bekanntes
lütliches Sprichwort. Die so verhandeltungsig tag offerierende
Blad kann danach für ein Pfarrhaus direkt als eine in Gold
gefasste Perle bezeichnet werden.

Literatur.

Das Zelle und Sturm. neue Gedichte von Bernhard Wilhelm. Groß, 0.50 Mk., gebunden 1 Mk. Seinem „Zonigen Land“ — seinen Gedichtsbuch — ließ der Dichter das uns vorliegende neue Bändchen folgen. Es reicht sich würdig neben Vorgänger an und schließt in formgerechter Sprache und schlichten, sinnungsreichen Bildern die Liebe zur Natur und auch freudige Kampfbereitschaft und Heimatliebe (Wieder) gegen den auch äußerlich schändlichen Dörfern vor

liches Geväge. Für Arbeiterleser und Bibliotheken nur zu empfehlen.

„Aus Tag und Tiefe“ nennt Ludwig Lessen einen neuen Gedichtband, der soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ Paul Singer & Co., Berlin SW. 68 (Preis 1.50 Mk.), erschienen ist. Wieder sind es Bilder aus dem Arbeiterleben, begeisterte Kampfrufe, visionäre Zeichnungen voll von einem hohen Zukunftsglauben, die uns der Dichter gibt. Auch die feingetönten Naturstimmungen fehlen nicht, die in knappen Strichen Landschaftsbilder von intimer Reiz hervorzuheben. Das Balladenartige überwiegt jedoch in dem vorliegenden Gedichtbändchen. Lebensschicksale aus der „Tiefe“ werden gezeichnet, wie sie der Alltag zu Tausenden bringt. Worte von düsterer Farbhenglut umföhren diese Gemälde, die von harten Proletariatschicksalen erzählen. In der gegenwärtig politisch hochgehenden Zeit des Kampfes bürtten gerade diese Gedichte am meisten fesseln und agitatorisch wirken. Die Ausstattung des Buches ist vornehm. Schon der Umschlag fesselt, der eine Reproduktion nach einer packenden Zeichnung von Käthe Kollwitz bringt, wie sie treffender, wichtiger und besser den Buchtitel illustrierend gar nicht gedacht werden kann. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolportage.

Hygiene des Weibes. Gesundheitslehre für alle Lebensalter. Von Professor Dr. med. Ernst Franke l in Breslau. Mit 75 Abbildungen im Text. Zweite durchgesehene und erweiterte Auflage. (Verlag von Oscar Cohnen in Berlin W. 30.) Preis elegant gebunden 4 Mk. Alle Frauen sollten sich dieses vorzügliche Buch des bekannten Breslauer Frauenarztes anschaffen. Dasselbe dient zur Unterweisung junger Mädchen und Frauen für das Verständnis der natürlichen Vorgänge. Von dem ersten Schrei des neugeborenen Mädchens bis zum Verlauf der Wechseljahre werden in dem soeben bereits in zweiter Auflage erschienenen Werke alle Möglichkeiten besprochen, die in einem Frauenleben eintreten können, und stets ist es ein gefälliger, leicht verständlicher Ton, in dem die Belehrung erteilt wird. Infolge seiner vornehmen Ausstattung und seines geringen Preises (4 Mk.) bietet sich hier ein vorzügliches Geschenk für die gesamte Frauenwelt.

Ernst Elmshö. Aus meinen vier Pfählen. Preis factoniert 1.25 Mk. Ein sehr gut geschriebenes und belehrendes Buch, das allen Eltern aufs wärmste empfohlen werden kann. In vielen kleinen Stücken gibt der Verfasser hundert Ringe für verlässliche Kindererziehung. Auch den Kindern selbst kann man dieses Buch mit Augen in die Hand geben. Der Preis steht in einem Verhältnis zu dem beglückenden Inhalt.

Wohnung und Wählerliste.

Bei der Frage: Bin ich in der Reichstagswählerliste? spielt die Wohnung eine bedeutende Rolle. Mancher ist angeblich in der Liste nicht eingetragen. Prüft man aber die Sache genauer, dann liegt es eben an der Wohnungsangabe, daß der Wähler nicht sofort gefunden wurde. Wir betonen nun ausdrücklich, daß für das Einsehen der Wählerliste die Wohnung im November maßgebend ist. Wer also die Wählerliste einsehen geht, muß angeben, wo er im November gewohnt hat; das'elbe gilt für die Wähler, die sich in die Formulare einschreiben lassen.

Ein Kranzträger freigesprochen!

Die Genossen, die bei der Verurteilung des Genossen E. K. im Juli Kränze mit roten Schleifen trugen, wurden vom Landgericht freigesprochen, von der Strafkammer verurteilt. Sie sollen ohne polizeiliche Erlaubnis am „unangewöhnlichen“ Zeichenbanden verurteilt haben, und damit die Strafe. Jetzt hat das Schöffengericht einen anderen Kranzträger freigesprochen. Bei der Verurteilung des Malers Gähler am 7. November trug Genosse Meiner einen Kranz mit roter Schleife. Die Polizei schickte ihm einen Strafbescheid über 6 Mark. Vor dem Schöffengericht heute vormittag beantragte der Anwalt selbstverständlich, den Anklagten zu verurteilen, denn hinter den roten Schleifen stehe die politische Bedeutung. In aller Heberlassung erkannte das Schöffengericht Freisprechung. Verurteilt werden kann nur ein Führer oder Leiter eines Aufzuges. Das Gericht ist nun nicht der Ansicht, so blieb es weiter in der Begründung, daß der Kranzträger Leiter oder Veranstalter der „unangewöhnlichen“ Verurteilung nicht gewesen ist, weshalb er freigesprochen war. So erlangt jeder Tag eine neue Gerichtsentscheidung über die gefährlichen roten Schleifen.

*** Aktion, Gewerkschaften!** Die königliche Gewerbeinspektion für Breslau-Ost ersucht das Breslauer Gewerkschaftsamt um Aufhebung der in Breslau zurzeit geltenden Tarifverträge. Wir bitten deshalb alle Gewerkschaftsvorstände, von ihren Tarifverträgen zwei Stück an das Arbeitersekretariat, Nikolaistraße 18/19, innerhalb drei Tagen einzuweisen. Der Ausschuss des Gewerkschaftsamtels, H. N. E. Seibold.

*** Magerer Trost für Altpensionäre.** Offiziell wird gemeldet: In den Kreisen der Altpensionäre scheint neuerdings die Meinung zu herrschen, daß für das nächste Jahr eine ihren Wünschen entsprechende gesetzliche Erhöhung der Pensionen zu erwarten sei. Eine solche Annahme dürfte jedoch, wie eine offizielle Mitteilung schreibt, tatsächlich nicht begründet sein. Wie die preussische Regierung mehrfach erklärt hat, stehen einer solchen gesetzlichen Regelung zwei Bedenken entgegen. Einmal würde die Erhöhung sämtlichen Pensionen auf den Stand des neuen Pensionengesetzes für Preußen Mehrausgaben notwendig machen, die auf 20 Millionen Mark geschätzt werden, und solche Mehrausgaben wären gegenwärtig nicht im Etat unterzubringen. (In dem alten Etat.) Außerdem würde aber eine solche gesetzliche Regelung naturgemäß auch eine Rückwirkung auf das Reich haben, da das Reich und Preußen alle Verbindlichkeiten gleichmäßig tragen. Für das Reich wäre aber eine nachträgliche Pensionserhöhung kaum mit Rücksicht auf die Militärpensionen ganz undurchführbar (!?), weil die dadurch erwachsenden Mehrausgaben unter allen Umständen neue Steuern mittel erfordern würden. Außerdem steht man in Preußen auf dem Standpunkt, daß eine gesetzliche Regelung auch für die Altpensionäre selbst keineswegs vorteilhaft wäre. Denn dabei würden die am meisten Bedürftigen, das heißt diejenigen mit den höchsten Pensionen, auch immer nur eine entsprechende kleine Rate dazu erhalten. Demgegenüber kann gerade diesen Bedürftigen bei einer Erhöhung aus vorhandenen ausreichenden Fonds viel wirksamer geholfen werden, weil die Unterhaltungen nicht an eine gesetzliche Grenze gebunden sind. Um alle berechtigten Wünsche auf Befriedigung vorhandener Väter bei Altpensionären berücksichtigen zu können, dürfte der nächste preussische Etat erhebliche Mittel für den Fonds zur Unterstützung von Beamten, die vor dem 1. April 1907 pensioniert wurden, und deren Hinterbliebenen anfordern. — Ein magerer Trost!

*** Die Spinnergrundstücke in der Klosterstraße.** Die Stadtverordneten-Versammlung hat am Donnerstag in geheimer Sitzung nach längerer lebhafter Aussprache beschlossen, die Grundstücke Klosterstraße 72/71 und 76/78 von der Aktien-Gesellschaft Meyer Kaufmann zu erwerben wenn sie den Preis von 145 000 auf 400 000 Mk. ermäßigt. Die Grundstücke sind fast 16 000 Quadratmeter groß.

*** Städtisches Leitungswasser für Oswitz.** Ein Beweis dafür, wie stark durch die Dürre in vorigem Sommer das Erdreich ausgeleert ist, liefern die Brunnen von Oswitz; dort ist noch immer nicht so viel Wasser vorhanden, daß die Einwohner ihren Bedarf daraus decken könnten. Die Stadtverwaltung von Breslau verlangt daher bis zum besten Lage Oswitz noch immer mit städtischem Leitungswasser. Täglich fährt früh morgens ein Sprengwagen der Städtischen Straßenbahn, dessen Wasserbehälter 7000 Liter Wasser faßt, bis zur Oswitzer Haltestelle und von dort aus schaffen sich die Oswitzer Bewohner das nötige Wasser ins Dorf.

*** Konsum- und Sparverein Vorwärts.** Mitglieder, deren Buch im Kontor liegt, legitimieren sich zur heutigen Generalversammlung durch die dafür erhaltene Quittung. Die Generalversammlung tagt im Gewerkschaftshaus.

*** Von der Stilltrips.** Wir werden ersucht, folgende Zeilen aufzunehmen: Die kürzlich in dem neuen Wohlfahrtsverein Friedrich-Wilhelmstraße 101, Gartenhaus, eröffnete Stilltrips des Breslauer Armenpflegerinnenvereins, die einen steigenden Reiz der kleinen Anstalten aufzuweisen hat, würde für freundliche Heberlassung auf erhaltener Unberücksichtigung für Spielzeug und für Wandersinn dankbar sein, der sich für Kinderzimmer eignet. Die Leiterin der Truppe ist zur Annahme solcher Gaben jederzeit gern bereit.

*** Ein häßliches Hochhaus für Kraulenhäuser.** — H. K. — besteht seit Mittwoch; das Bureau ist Ring 4.

*** Der Christbaumverkauf hat begonnen.** Fortwährend treiben neue Mengen von Bäumen ein, meistens Tannen. Die Nachfrage ist bis jetzt noch nicht groß, die Preise dürften mäßig bleiben.

*** Theater-Vorstellungen im Zirkus Busch.** Der Kommissionsrat Busch ersucht uns, mitzuteilen, daß er soeben mit Max Reinhardt, dem Direktor des Deutschen Theaters zu Berlin, einen Vertrag abgeschlossen hat, durch den Max Reinhardt verpflichtet ist, mit der Gesellschaft des Berliner Deutschen Theaters am 23. und 28. Dezember im Zirkus Busch zu Breslau zwei Gastspiele zu geben. Aufgeführt wird an beiden Abenden das von Max Reinhardt inszenierte alte Spiel „Jedermann“. Das Werk, das in Berlin im Zirkus Schumann am 1. Dezember in seiner Aufführung erlebte, wird in allen Rollen von den ersten

Künstlern des Berliner Deutschen Theaters dargestellt werden. Vorstellungen auf Billets nimmt das Verkehrs-Bureau Barack an.

*** Selbstmord.** Erhängt aufgefunden wurde am Donnerstag nachmittag in seiner Wohnung im Vorder des Haupte-Kronprinzenstraße 32 der 53 Jahre alte verheiratete Arbeiter Wilhelm Kother. Die Gründe zu der unglücklichen Tat sind bisher unbekannt geblieben.

*** Unfälle auf der Straße.** Am 13. Dezember wurde auf dem Schwendiner Stadtgraben ein Mann von einem Automobil angefahren und zu Boden geschleudert; er erlitt Verletzungen an einem Knie. — An demselben Tage kam auf der Klosterstraße ein Gutarbeiter zu Fall und er geriet zwischen die Räder einer in demselben Augenblick vorbeifahrenden Droschke. Der Mann erlitt schwere Querschnitten an der Brust.

*** Schwere Zusammenstoß zwischen Automobil und Straßenbahn.** Am Dienstag schleuderte auf der Wladimirstraße ein Automobil beim Ausweichen vor einem Straßenbahnwagen und stieß mit großer Gewalt an denselben an. Am Motorwagen wurden zwei Scheiben zertrümmert und die Seitenwand stark beschädigt, am Automobil ging ein Hinterrad und das Verdeck in Trümmer.

*** Ein Kollwagen und eine Droschke** sind Donnerstag nachmittag auf der Wallfahrtsstraße zusammengestoßen. In der Droschke wurde das linke Hinterrad zertrümmert und auch sonst der hintere Teil beschädigt.

*** Feuer in einer Tischlerwerkstatt.** Am Freitag früh kurz vor 6 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach Matthiasstraße 59 gerufen. Dort befindet sich im Vorder des einstufigen Seitenhauses die Möbelschleiferei von Rogoll u. Co. In dieser Werkstatt war auf bisher unauffällige Weise Feuer entstanden, das die innere Einrichtung fast völlig vernichtete. Neben einer großen Menge von Werkzeu gen und Maschinen fielen ein Feuer viel in Arbeit befindliche und zum Teil fertige Möbelstücke zum Opfer. Durch die glühende Dohr, die das brennende Holz entwickelte hatte, gingen eine ganze Anzahl Fenster-scheiben in Trümmer. Als die Wehre eintraf, war das ganze Innere der ziemlich geräumigen Werkstatt in Rauch und Flammen gehüllt und die letzteren lugten bereits zu den benachbarten Fenstern in den Hof hinaus. Es wurde sofort ein vom Hydranten geleiteter Schlauchgang nach dem Brandherd geführt, womit es gelang, die Gewalt der Flammen in einer guten Viertelstunde zu brechen. Das völlige Abblößen im einzelnen, sowie die Aufräumarbeiten beschäftigten die Mannschaften der Wehre bis nach 7 1/2 Uhr. Der entstandene Schaden ist bedeutend.

*** Feuer.** Am Freitag vormittag gegen 10 1/2 Uhr geriet ein Kessel mit Bohnerwasser, das man in einem Keller Kirchstraße 6 kochte, durch Überlaufen in Brand. Das Feuer wurde aber schon vor Anbruch der Feuerwehre gelöscht.

*** Ein Krankenwagen** stieß mit Vermerlen der Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter in Donnerstagmorgen gefunden worden und kam in der Redaktion der „Vollmacht“ abgeholt werden.

*** Verloren** wurde ein Mikaliedsbuch auf den Namen Rose Scharfberg, ein Notizbuch 2, 10, 11, ferner ein Provisionsbuch und 6 Marken des Transportarbeiterverbandes zu 30 Wfa. Der Finder wird ersucht, die verlorenen Sachen im Bureau, Nikolaistraße 57, 1, abzugeben.

*** Se u den** wurden eine schwarze Tamentantische mit Inhalt, ein hölzerner Kastenwagen, eine Koffertdecke und ein Tamentantisch. Zu ertragen im Polizeipräsidium.

Neueste Nachrichten.

Es wird dementiert.

München, 15. Dezember. Vom Dase des Prinzen Louis Ferdinand wird gegenüber den Mitteilungen der „Gummitte“ über eine in Anwesenheit abgehaltenen Versammlung gegen die Republik Vortrags die ganze Sache als von Anfang bis zu Ende erfunden bezeichnet.

Ueber die Auswärtigen Beziehungen.

London, 15. Dezember. Die am 27. November durch die Rede des englischen Ministers des Aeußeren, Sir Edward Grey, eingeleitete Debatte über die auswärtigen Beziehungen wurde gestern im Unterhause fortgesetzt. Der liberale Abgeordnete Henry Norman sagte über die Beziehungen zu Deutschland, er bedaure, daß die Staatsmänner zu beiden Seiten des Kanals nicht Mittel und Wege gefunden hätten, diese Beziehungen herzlicher zu gestalten. Er wies im ferneren Verlauf seiner Rede darauf hin, daß von einer Verbesserung der Beziehungen für England alles abhängig sei, sowohl die soziale Wohlfahrt im Lande, als auch der englische Außenhandel. Wenn freundliche Beziehungen zu Deutschland beständen, so würde es kaum etwas in der Welt geben, was England Sorge verursachen könnte, dagegen würde ein Krieg mit Deutschland England geradezu in einen Abgrund stürzen. Am Hinblick auf alles das, was geschehen sei, wolle England den Mut haben, zuerst sich frei auszusprechen. Abschließend äußerte sich auch der Abgeordnete Jones. Im Verlaufe der Debatte ergriff Sir Edward Grey das Wort zur persönlichen Frage. Er sagte, es sei nicht der Zweck des russisch-preussischen Abkommens gewesen, Rußland zurückzudrängen und England da seines Einflusses zu berauben, wo es einen erlangt hätte. Für die Zukunft Preußens müsse eine konstruktive Politik eintreten. Er begrüßte aufs wärmste ein Zusammenarbeiten mit Rußland, England könne aber bei keiner aggressiven Politik mitwirken, die die Zerstörung der Unabhängigkeit Preußens zum Ziele habe. Ueber die Gefühle Deutschlands gegen England meinte Grey: Wohllich wolle man noch eine kleine Weile warten, bis die gegenwärtige Atmosphäre eine günstigere geworden sei; andererseits sei die marokkanische Angelegenheit beiseite gelassen und das sollte eigentlich den Weg für die diplomatischen Aktionen ebnen; er würde entzückt sein, einen Vorteil erringen zu können, der den Pfad ebnen könnte, und nur das eine könne er sagen, welche Schwierigkeiten sich auch erheben könnten, die Eifersucht auf Deutschlands Expansion würde nie ein Motiv in der englischen Politik sein.

Frauentemonstration im österr. sächs. Abgeordnetenhause.

Wien, 15. Dezember. Während der Abgeordnete Malick im Abgeordnetenhause einen Antrag zur Chereform bearbeitete, warfen von der zweiten Galerie drei Frauen und ein Mann Petal in der Saal hinter, wobei sie laut riefen: „Heil, Malick!“ „Gruß mit der Chereform!“ „Wir wollen unter eheliches Recht!“ „Wir wollen keine Konkubinen sein und keine Bastarde haben!“ Der Zwischenfall rief in dem Sitzungssaale stieliches Aufsehen hervor und für einen Augenblick war die Debatte unterbrochen. Die vier Personen wurden von Saaldienern herangeführt, aber nach Feststellung ihrer Personalien gleich wieder entlassen.

Dem italienisch-türkischen Krieg. Der Minister von Gümüldschina leit den Minister des Innern mit, daß in der Nacht von Freitag zum Sonnabend vier Stunden lang italienische Kriegsschiffe mit Unterbrechung den Ort Gümüldschina und die Leuchttower des Bezirks Gümüldschina mit Schweißern beleuchteten. Der Minister von Gümüldschina im Ministerium meinte, daß am Sonnabend gegen Abend drei unbekannte Kriegsschiffe auf der Höhe von Alexandria in zehn Meilen Entfernung von der Küste in der Richtung nach Rhodus passierten.

Nach einer Depesche aus Trivolis haben die Italiener jetzt Tabachura besetzt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Tabachura ist etwa zehn Kilometer östlich von Tripolis etwas landeinwärts gelegen und in der letzten Zeit viel von Bombardement durch die italienischen Kriegsschiffe und Angriffen von der Landseite her gewesen.

12. Quittung.
Für den Reichstagswahlfonds Breslau Stadt gingen ein:

Bereits quittiert	4803,91 Mk.
Zellersammlung in der Wilhelmstraße	81,95
im Cafe Restaurant	18,20
Liste 32, Distrikt 1, durch Aug. Braumert	12,55
H. G., Dirschstraße	1,—
Liste 418 durch Schneeschöpfer	10,90
Max Kiedede, Stockgasse 3	10,—
H. Pievelt	5,—
Durch Goldschmidt	50,—
Liste 39, Distrikt 3, durch Seidel	7,25
Redaktion der Volkswacht 2. Rate	5,—
Liste 270, Distrikt 2, durch Müller	19,50
Ungeachtet V.	6,—
Zellersammlung Pariser Garten	22,78
„ „ „ „ „ „	24,51
„ „ „ „ „ „	21,70
„ „ „ „ „ „	43,30
„ „ „ „ „ „	18,50
„ „ „ „ „ „	28,20
H. N. G.	5,—
Zellersammlung bei Deutscher, Kubenstraße	0,15
Liste 528 org. Koll. H. G. für Eisenbahnwagenbau, 1st. Bahnhof	17,21
Liste 28 Wähler der Luftfilter-Ges. durch Sattler	4,70
Durch Bahc	20,—
Luftige Säugrinnen durch Rosner u. Waberiel	20,—
Ueberschuß von der Kransivende Beeridigung Frau Franke durch Kornelso	6,85
Baumstraße	5,—
Liste 547 durch Fierina	5,65
„ 550 Buchdruckerei T. G. Guttmann d. Fiering	8,—
„ 552 durch Fiering	3,45
Kammer und Hilfsarbeiter	15,—
Reder, Gäßchenstraße	5,—
(Eine gewonnene Gans durch Kubl)	4,30
Wahlversammlung der Gastwirtsgehilfen	10,55
Liste 41 Distrikt 3 durch Dem.	18,05
„ 195 „ 9a „ B. Scholz	6,85
„ 367 „ 7 „ Wicorel	4,15
„ 95 „ 7 „ Stumpe	13,—
„ 97 „ 7 „ Gajewski	3,20
„ 98 „ 7 „ Rosner	2,70
„ 73 „ 6 „ Kother	7,35
„ 833 „ 6 „ Rosner	13,75
„ 359 „ 6 „ Reilich	13,35
„ 545 durch Fiering	1,40
„ 546 „ Fiering	4,85
Distrikt 6 aus der Distriktsliste	20,—
Veranstaltungs-Entree (Frauen-Versammlung)	37,50
Liste 62 Distrikt 4 durch Hermann	7,60
„ 63 „ 4 „ Großmann	16,—
„ 68 „ 4 „ Gieser	2,—
Durch Ernst Weinwald	15,—
Liste 476 Distrikt 14 durch Altscher	11,—
„ 185 „ 11 „ Neumann	12,50
„ 423 „ 14 „ Nowack	15,—
„ 112 „ 8a „ Hillert	16,50
„ 116 „ 8a „ Samawa'd	4,10
„ 260 „ 8a „ Geburtstagsfeier bei Pohl	2,55
durch Frau Mary	7,65
Liste 133 Distrikt 10 durch Barufke	4,20
„ 142 „ 10 „ Wagner	8,60
„ 143 „ 10 „ Du. Kulinsky	16,40
„ 144 „ 10 „ Kitzlaus	8,—
„ 145 „ 10 „ Freitag	10,—
„ 495 „ 10 „ Z. u. H. Hoffmann	12,—
„ 30 „ 1 „ Zimmerer Kubisch	4,05
„ 131 „ 9a „ Schneider Rudzielska	14,—
„ 419 „ 14 „ Tindas	—,20
Auwendungsgelder, Distrikt 14	5,—
H. K.	18,15
Liste 450 durch Willy Porzig	5642,45 Mk.

Zusammen 5642,45 Mk. Gelder für den Reichstagswahlfonds werden im Parteisekretariat Neu-Graunstraße 5, II., angenommen; dort sind auch Sammellisten zu haben. Volle Listen bitte sofort abzuliefern. Robert Herrmann, Kassierer. Telefon-Nr. 5652.

Quittung.
Für die ausgesperrten Tabakarbeiter gingen ein:

Bereits quittiert	1204,86 Mk.	Transportarb.-B.	2,90 Mk.
Hochdr.-B. 2. Rate	100,—	Liste 371	2,50
Liste 249 durch Wahl	11,—	„ 372	3,55
„ 298 Tabakarb.	14,30	„ 373	1,50
„ 191 Maschinist.	5,80	„ 374	1,30
„ n. Dezer	5,80	„ 375	4,00
„ 192 Maschinist.	3,20	„ 376	5,70
„ n. Peizer	3,20	„ 377	6,70
Transportarb.-Verb.	2,25	„ 378	4,20
Liste 51	3,10	„ 379	5,00
„ 52	5,60	„ 380	3,20
„ 53	5,45	„ 381	4,00
„ 54	2,30	„ 382	5,50
„ 55	4,60	„ 383	4,—
„ 56	2,75	„ 384	4,70
„ 57	4,30	„ 385	2,25
„ 58	1,75	„ 386	3,55
„ 59	6,25	„ 387	2,50
„ 60	1,10	„ 388	1,70
„ 169	3,20	„ 389	5,50
„ 170	2,10	„ 390	5,30
„ 171	2,20	„ 391	3,85
„ 172	—	„ 392	1,20
„ 173	4,60	„ 393	5,55
„ 174	6,20	„ 394	3,45
„ 175	2,60	„ 395	3,00
„ 176	3,50	„ 396	5,35
„ 177	3,20	„ 397	9,95
„ 178	3,20	„ 398	8,35
„ 179	4,10	„ 399	—
„ 180	—	„ 400	—

Summa 1833,41 Mk. H. Peizer, Kassierer, Nikolaistraße 13-12, 1.

Bersammlungen und Vereine.
Gewerkschaftshaus.
Freitag, den 15. Dezember:
Konsum- und Sparverein „Vorwärts“. General-Versammlung Arbeiter-Samaritaner im Zimmer 1.
Sonnabend, den 16. Dezember:
Verband der Gärtner. Versammlung im Zimmer 5.
Arbeiter-Opernsänger. Versammlung im Zimmer 6.
Sonntag, den 17. Dezember:
Krankenkasse der Töpfer. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung im Zimmer 3.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Distrikt 15a (Ohlauer Tor)
Montag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Ohlauer Lokal: Zusammenkunft der Bezirksführer und Abrechnung. Die Wahlhelfer sind ebenfalls eingeladen. Der Distriktsführer.

Passende Weihnachts-Geschenke!

Sprechmaschinen, Fahrräder, Nähmaschinen

**3 Schlager
ohne Konkurrenz!**

Gehäuse: Gr. 32x32x15 cm, echt helleiche, poliert und verziert.
Trichter: Blumentrichter, 45 cm, Schallöffnung.
Tonarm: Konischer Tonarm mit aufklappbarem Bügel.
Teller: 22 cm Durchmesser, vernickelt.
Schalldose: Prima Schalldose, Modell 1910.

Gehäuse: Gr. 30x30x15 cm, echt afrikanisch. Mahagoni, Seitenteile u. Sockel reichlich mit Pressungen verziert.
Trichter: Blumentrichter, 40 cm Schallöffnung.
Tonarm: Konischer Tonarm 2.
Teller: 22 cm Durchmesser, 11. vernickelt.
Schalldose: Konzert-Schalldose, Mod. 1910.
Werk: Rekord-Werk.
Derselbe Apparat, jedoch gröss. Gehäuse 34x34x15 1/2 cm, Trichter 45 cm 3 Mark mehr.

Gehäuse 32x32x15 cm, helleiche, gebeizt mit gr. Sockel, Seitenteile mit Perleisen. Trichter ca. 45 cm Schallöffnung.
Erstklassige Konzert-Schalldose, konischer Tonarm mit aufklappbarer Schalldose.

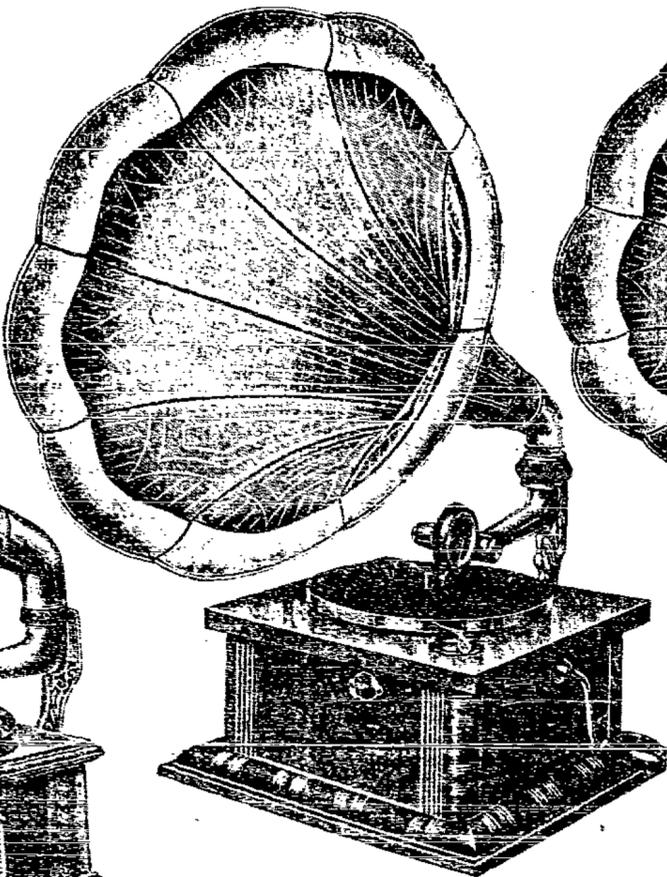


Nr. 1001
Preis inkl. 10 Stück
25 cm grosse, einseitige
Ankerplatten

33 Mk.

dto. mit 10 gross. doppel-
Renomaplatten

35 Mk.



Nr. 1001
Preis inkl. 10 Stück 25 cm
grosse, einseit. Ankerplatten **27.50 Mk.**
dto. mit 10 Stück doppelseitigen
Renomaplatten **30 Mk.**



Nr. 1002.
Preis inkl. 10 Stück 25 cm gross.
einseitigen Ankerplatten **23 Mk.**
dto. mit 10 grossen doppelseitigen
Renomaplatten **25 Mk.**

Vorstehende Preise verstehen sich nur gegen sofortige Kassa. Nach ausserhalb bei Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme ab Breslau. Verpackung wird billig berechnet. Teilzahlungen sind nur mit 30 % Aufschlag und vorheriger schriftlicher Vereinbarung zulässig.

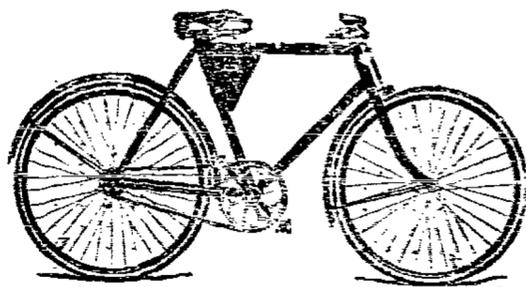
Grosse Auswahl in guten **Platten-Apparaten** in den Preislagen von **9.75, 12.50, 15.20 bis 100 Mk.**

Grosse Auswahl
in
Grammophon-Apparaten.
Original-Grammophon „Gnom“ **Mk. 60.—**
Original-Gramola **Mk. 90.—**

Täglicher Eingang
von
Neu-Aufnahmen
in
Grammophon, Zenophon und Kalliope.
Von diesen Fabrikaten habe ich fast jede
existierende Nummer am Lager.

Um mit den Platten nachstehender Fabrikate
vollständig zu räumen, empfehlen wir dieselben
zu fabelhaft billigen Preisen.
Original Odeon solange Vorrat **2.50 Mk.**
Renoma-Platten Neutral, 25 cm **1.— Mk.**
gros. doppelseit.
bei 10 Stück à **90 Pf.**
Original Anker 25 cm gross **55 Pf.**
einseitig
bei 10 Stück à **50 Pf.**

Nadeln
für Sprech-Apparate
200 St. 15, per 1000 St. **65 Pf.**
Original Fürsten-Nadeln
200 St. 25, per 1000 St. **53 Pf.**
Original Doppelton-Löffel-Nadeln
200 St. 35, per 1000 St. **1.35 Mk.**
Condor-Nadeln, mit. (in Blechdosen)
200 St. 60 Pf., per 1000 St. **1.90 Mk.**
Original Burchard-Salon-Konvert-Nadeln
per 200 St. **90 Pf.**



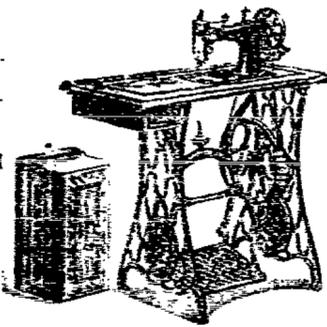
Sämtliche Fahrrad-Ersatzteile
konkurrenzlos billig.

Fahrräder

mit Pneumatis O. G. **39 Mk.**
in Luxusausstattung **42 Mk.**

Original-Orkan-Räder
bis 5 Jahre Garantie
60, 70, 80 - 100 Mk.

Jugendräder
in grösster Auswahl.



Nähmaschinen

Gute Deutsche Singer-Maschine . . **39 Mk.**
do. do. do. **43 Mk.**
in besserer und stärkerer Ausführung
Original-Schwingschiff-Maschine **55 Mk.**
vor- u. rückwärts nähend, Luxus-Möbel
Original-Central-Bobbir-Maschine **65 Mk.**
75 und

Original-Naumann-Maschinen

der Firma Seidel & Naumann, Bresden.
Familien-Maschinen **65 Mk.**
Original-Schwingschiffchen **75 Mk.**
Original-Schnellnäher **95 Mk.**

Verlangen Sie meinen Haupt-Katalog gratis und franko. — Teilzahlung gestattet. — Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Orkan-Fahrradwerke **Bernhard Wedler, Breslau 8, Klosterstr. 15**
Ecke Feldstrasse 9215
sowie **Schlesische Zenophon-Centrale Ges. m. b. H. Blücherplatz 20.**

Zigarrenfabrik Otto Wruck

empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfest 5 u. 6 Premium-
Zigarren in bekannten Prima-Lieferanten in Packungen zu 25,
50 und 100 Stück.
Friedrich-Wilhelmstr. 93. Telefon 10 798.

Züchen und Inletts, pa. Qualitäten.

Herbige Schürzen für Frauen und Kinder
in neuen Formen, Strassen, Borstbüschchen, Strawatten,
Kragenschürzen, Normalwäsche sowie hässliche Berufsbekleidung
in bekannter Güte empfiehlt
A. Zimmermann, Teichstrasse 14.

Zu billigsten Preisen

läuft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk 7839
sowie die denkbar grösste Auswahl in Kinderschuhen, Filz-,
Gummi- und Holzschuhen zu streng realen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermstr., Friedrich-Wilhelmstr. 52.

Der innere Kampf im Zentrumslager.

Zwischen der Kölner oder, wie sie auch genannt wird, der Köln-München-Glabbacher Richtung des Zentrums und der sogenannten Berliner Richtung, die die angeblich interkonfessionellen „Christlichen“ Gewerkschaften als der katholischen Lehre widerstrebende Organisationen betrachtet und sie deshalb durch katholische Fachvereine unter kirchlicher Autorität (das heißt kirchlicher Leitung und Aufsicht) ersehen will, herrscht zurzeit Waffenstillstand. Um den politischen Gegnern während des Wahlkampfes nicht das Schauspiel einer inneren Zerfleischung der beiden Richtungen im katholischen Lager zu bieten, scheint man sich verständigt zu haben, die bisher strupellos gegeneinander angewandten Waffen der Verleumdung, Verbächtigung, Fälschung und Lüge zurzeit nur gegen die politischen Gegner, besonders die Sozialdemokratie, gebrauchen zu wollen — bis die Reichstagswahlen vorüber sind. Dann wird unzweifelhaft der Zweikampf auf Grund der hehren liberalen Moral von neuem beginnen. Denn alles hier sind die Wege, die zwischen dem „christlichen“ und dem „weltlichen“ Dilemma geworden, als daß so schnell eine Versöhnung oder auch nur eine gewisse gegenseitige Duldsamkeit eintreten könnte; hatte doch die von Rom und Koblenz aufgedrängte deutsche Episkopat und die römische Kurie demnach gegen die christlichen Gewerkschaften aufgebracht, daß die Zentrumsfraktion, um den Sturm zu beschwichtigen, den Abgeordneten Gröber zur Fuldaer Bischofskonferenz entsenden mußte, und darauf im Oktober 1908 der Kardinal Nisner in Begleitung von Herrn F. Bachem, dem Verleger der „Kölnischen Volkszeitung“, nach Rom fuhr, um dort eine vorläufige Duldsamkeit der christlichen Gewerkschaften durchzusetzen. Wie schroff damals die Gegenläufige geworden waren, zeigt ein vom 17. Oktober 1908 datierter Brief des Generalsekretärs des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands an den damals in Rom weilenden Herrn F. Bachem. In diesem von der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 337. Morgenblatt) wiedergegebenen, in den nächsten Tagen in den „Süddeutschen Monatsheften“ erscheinenden Briefe heißt es nämlich:

„Die gestrige Konferenz mit Herrn Bischof Nisner hat zu keinem Ergebnis geführt. Die Situation hat sich allerdings seit Ihrer Abreise wieder etwas verändert, und zwar reinen wir uns den Zusammenhang, auf Grund von Verhandlungen in Wien und Saarbrücken, wie folgt zusammen:

Sie waren Dienstag, den 8. Oktober, in Trier, Mittwoch, den 7., und Donnerstag, den 8. Oktober, erschienen in der Tr. südamerikanischen Zeitung die bekannten Artikel, in welchen am Schluß zu Protestversammlungen gegen Bismarck aufgerufen wurde. Unsere Uebersetzung ist, daß die Artikel von Trier aus inspiriert wurden. Damit glaubte man, Verwirrung unter unseren Mitgliedern anzustellen zu können, die bei der gegenwärtigen Verlagsorganisation den Verein christlicher Arbeiter außerordentlich schwer getroffen hätte. Wir veranfaßten vom 10. bis 15. Oktober im Saarrevier 51 Versammlungen mit 12 000 bis 15 000 Teilnehmern. Damit wurde das Gegenteil des „Berliner“ Artikels erreicht und unsere Position bedeutend befestigt. Offenbar hat diese Aktion Herrn Bischof Nisner schwer geärgert, denn in der Vorgesprächung, die 3 1/2 Stunden dauerte, zeigte er sich weniger entgegenkommend, als Ihnen gegenüber. Die Anrede der Reichstagsfraktion in Bezug auf die Gewerkschaften billigte Herr Nisner auch uns gegenüber nicht; dagegen sagte er nicht davon, daß die Kanzel nicht zur Anti-Gewerkschafts-Organisation gebraucht werden dürfe. Die Herren Parrer Stein und Treib, die schon lange vor der angelegten Zeit mit großen Wappen da waren, mußten Nisner länger bearbeitet haben. Kurz, Herr Bischof Nisner sagte: Zolaage Herr Redakteur Mauer („Saarpost“) und Nisner im Saarrevier sind, gibt es keinen Frieden.

Am übrigen ist uns im Verlaufe der Aussprache erst richtig klar geworden, welche gewaltiger Gegensatz zwischen dem schlauneren opportunistischen Kreise — um das angeführte Wort Modernismus nicht zu gebrauchen — und der doktrinären, weißfremden Richtung im deutschen Katholizismus besteht. Herr Nisner ist in einer unschreiblichen Weise erboht, daß die von ihm vertretene Richtung in Deutschland als Schwärmerei behandelt wird und nirgends durchdringt. Er drückt sich, daß auf den Katholikentagen die „Berliner“ Resolutionen meist unter den Tisch fallen, andere aber erst völlig ungenügend zur Annahme gelangen. Gegen die „Kölnische Volkszeitung“ sagte er unter anderem: „Wäre ich, amhaist Bischof von Trier, noch Professor in Straßburg, so würde ich einen rücksichtslosen Kampf gegen die „Kölnische Volkszeitung“ führen. Wenn ich das Geld hätte, würde ich längst eine eigene Zeitung gegen die „Kölnische Volkszeitung“ gegründet haben. Es war eine Annahme ohne Gleichen, daß auf der letzten Fuldaer Bischofskonferenz Herr Gröber den Bischofen einen Vortrag hielt, was sie zu tun und zu lassen hätten. Ich mußte meine ganzen Tugenden zusammennehmen, um ruhig zuhören zu können. Für die Glabbacher Richtung existiert das Fuldaer Vokale von 1900 gar nicht. Ebenso, wie im Mittelalter die Kirche das Zunftwesen beherrschte, müssen auch heute die katholischen Grundzüge wieder maßgebend werden.“

Als wir ihm die harten Wirtschaftskatastrophen auseinandersetzen, darauf hinweisen, daß die größten Industrieländer (Vereinigten Staaten von Amerika, England und Deutschland) nur einen kleinen Teil, und zwar noch keine 20 Prozent, katholische Bevölkerung aufweisen, die ganze Großindustrie fast ausschließlich von Protestanten geleitet würde, den gewaltigen Einfluß des Protektantismus auf das Staatsleben erwähnten, darauf hinweisen, daß die antiliberalen Strömungen, die von Frankreich auch auf Süddeutschland übergründen, auch im deutschen Wirtschaftsleben in der Erscheinung treten, daß weiten Unternehmertum alles Christliche verhaftet ist, daß viele Unternehmer lieber mit Sozialdemokraten als mit Christlichen verhandeln, die feilschere und zweifelhafte künftige Entwicklung des Tarifwesens hervorzuheben usw. usw., antwortete er kurz, das sei eben unsere Uebersetzung, er habe eine andere: „Sucht zuerst das Reich Gottes und das andere wird Euch gegeben werden!“ Auch setzen Staat und Unternehmertum stark genug, die Sozialdemokraten zurückzuwerfen. Kurz: wir bemerkten, daß Herr Bischof Nisner viel milder ist auf „Kölnische Volkszeitung“, Volksverein, Professor Stige, als auf die christlichen Gewerkschaften.

Ihre gute Absicht erkennen wir gerne an; hätten wir in des Herrn Bischof Nisner so gut gekannt wie heute, hätten wir uns überlegt, ob wir hingehen sollten. Denn mit geistlichen Herren, die mit solchem Fanatismus die Welt in ein von unserer Anschauung abgrundtief verchiedenes System hineinzwängen zu können glauben, ist eine christliche Verständigung und ein halbwegs brauchbarer modus vivendi einfach unmöglich.

Zum Schluß schlug Herr Nisner zwar etwas friedlichere Töne an und meinte, vielleicht ließe sich später, wenn der Kampf in ein ruhigeres Stadium eingetreten sei, ein besseres Nebeneinander erzielen. Wir bemerkten aber, wie selbst sachliche Notizen der „Kölnischen Volkszeitung“ gegen das von Herrn Nisner vertretene System von ihm als hässliche Verleumdung angesehen werden. Den katholischen Deutschlands um den Volksverein, die „Kölnische Volkszeitung“ usw. wird also einwirkeln kaum etwas anderes übrig bleiben, als Fanatiker eben möglichst links liegen zu lassen.

Nach habe Ihnen ausführlich geschrieben, weil Ihr Anwesenheit in Rom Ihnen diese Orientierung nicht unerwünscht sein dürfte. Ueber die Verhältnisse im Saarrevier und den Tr. südamerikanischen Brief können wir vielleicht reden, wenn Sie von Rom zurückgekehrt sind.“

Der Brief zeigt nicht nur, wie strupellos sich trotz ihrer vielgepriesenen katholischen Ethik die Berliner und die Kölner Richtung bekämpfen, sondern er widerlegt auch aufs schönste die kuriose Legende von der Interkonfessionalität des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften.

Parteiangelegenheiten.

Ein kurioser Maiseierproch. Am 1. Mai dieses Jahres unternahm die Essener Genossin einen Vormittagsausflug, an dem sich etwa 3000 Personen beteiligten. Obwohl sie in einzelnen Gruppen und keinesfalls in geschlossenem Aufzuge marschierten, wurden doch Verhaftungen solcher Teilnehmer vorgenommen, in denen die Polizei „Leiter“ des Spatieranges erblckte. Besonders schandete sie auf Mitglieder des Maiseierkomitees, erwachte aber niemand. Erst jetzt wurde, wohl weil das „Belastungsmaterial“ ziemlich spärlich war, den Genossen der Proch gemacht. Um die Hilfe der Anwaltsgenossen zu verlängern, wurden der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Genosse Neumann und der Verlagsvertreter Genosse Wilmmer ebenfalls belangt. Der erste, weil er im Dorteil zur Teilnahme an der Maiseier aufgefordert hatte, und der zweite, weil er den Inszenierungsauftrag des Maiseierkomitees angenommen und wirklich, das Gericht verurteilte unter den Umständen gegen das „freie“ Versammlungsgesetz auch diese beiden Genossen zu je 30 Mark Geldstrafe, weil sie sich in der erwähnten Form an der Veranstaltung des nicht anerkannten „öffentlichen Aufmarsches“ beteiligt hätten. Die Gedankengänge der Essener Richter werden immer wunderbarer.

Eine Studentenversammlung fand Mittwoch abend in Karlsruhe statt. Ed. Bernstein war Referent über das Thema „Die Akademie und der Sozialismus“. Einberufen war die Versammlung vom sozialdemokratischen Wahlvereinsvorstand. Der Besuch war recht gut, allerdings hätten die Polizeimitarbeiter vernichten sein dürfen. Eine interessante Diskussion reichte sich an den lebhaft applaudierten Vortrag.

Arbeiterbewegung.

Das verknüpfte Pilsen.

Am „Beckandsblatt“ der böhmerischen Brauereiarbeiter lesen wir:

Der Nimbus der Pilsener Brauereien beginnt langsam zu schwinden, man fängt schon an einzusehen, daß der Weltrauf der Pilsenerbiere heute ganz grundlos ist. Tatsächlich hat dieses Produkt heute vor anderen gar nichts mehr voraus als die hohen Preise und die Erzeugung unter den schmutzigsten und unehrlichsten Verhältnissen. Würden die Monopolen des Pilsenerbiere sehen, welche Zustände in diesen Betrieben herrschen, unter welcher skandalösen Arbeitsbedingungen dieses Bier erzeugt wird, sie würden sich vielleicht des Genusses von Pilsenerbiere enthalten!

Die Verhältnisse in Pilsen sind unter aller Kritik! Zahlen doch die beiden größten Betriebe für gelehrte Arbeiter Löhne von 81 bis 90 Kronen monatlich! Dabei wird aber noch in Abzug gebracht der Krankenversicherungsbeitrag, Strafen in der Höhe eines halben Tagelohnes und außerdem werden noch bei den Wälzern logar bedeutende Abzüge gemacht, die angeblich nach Ende einer Kampagne als Remuneration ausgefolgt werden! Dabei werden selbstverständlich alle möglichen Mittel angewendet, um die armen Teufel um diese Remuneration, also um ihren schon verdienten Lohn zu bringen; die Remuneration bekommt nur derjenige, der vor Neujahr in Arbeit getreten, bis zur Beendigung der Kampagne aushält und dann den Betrieb verläßt. Wer nach Neujahr eingekellt wird, vor Ende der Kampagne den Betrieb verläßt oder nach Beendigung der Kampagne im Betriebe weiter beschäftigt wird, bekommt keine Remuneration, trotzdem sie ihm doch vom Lohn abgezogen wurde. Es ist in Pilsen ein öffentliches Geheimnis, daß kurz vor Neujahr die meisten Entlassungen vorkommen und nach Neujahr wieder eingestellt wird, auch kommt es selten vor, daß einer bis zu Ende der Kampagne aushält, er wird hinausgeschleift und geht er nicht selbst, so wird er schon wegen irgend eines Schmarzes entlassen. Natürlich haben unter solchen Umständen wenige das Gaud, zu ihrem sauer verdienten Lohn zu kommen; so haben zum Beispiel im vergangenen Jahre in der Aktienbrauerei von 36 Wälzern bloß 6 Mann eine Remuneration erhalten! Der Teufel mag wissen, in wessen Tasche dieser abgezogene Lohn wandert!

Die Arbeitszeit ist gewöhnlich 11—12 stündig, sehr oft sogar länger und außerdem ist eingeteilt, daß die freie Zeit immer kurz ist.

In den letzten, vor Schmutz starrenden Schlafräumen sind alte, ausgemusterte Militärlabete als Bettstellen aufgestellt, die gewöhnlich bei irgend einer Erweiterung auseinanderfallen, darauf liegt man schmutzige, verwahrloste Strohsäcke, kein Leintuch, kein Polster, eine alte, lumpige Pferdebede, von welcher bei der geringsten Wüstung überreichende Staubwolken aufwirbeln. Der gleiche Raum dient zugleich als Speiseraum und als Trödelkammer für die nackten Schuhe und Kleider, jedoch in diesen „Schlafzimmern“ ein Geheul herrscht, daß es ein Mensch, welcher nicht immer besoffen ist, keine 10 Minuten darin anhalten würde, in solchen Räumen schlafen oft 24 bis 30 Leute eng zusammengepackt. Derselben Arbeiter, die in diesen Schweißkästen essen schlafen und ihre freie Zeit zubringen müssen, schaukeln das Maß um, liegen in die Maitischen Frauen, in die Garbentische und Lagerstätten, dieselben Arbeiter erzeugen das „Pilsener Reibmalz“, welches angeblich von Ärzten empfohlen wird.

Diesen Zuständen entsprechend ist auch die Behandlung der Arbeiter seitens der Vorgesetzten. Schimpfnamen regnet es oft her so, das bekannte Wort es nicht paßt, kann gehen“ oder wenn's Dir nicht recht ist, schreib ich Dich hinaus“ ist dort eine sehr gebräuchliche Redensart; das Bier wird in Pilsen tatsächlich besser gehalten als die Arbeiter.

Da diese Zustände in Pilsen direkt ein Schandfleck für uns Brauereiarbeiter in Österreich sind und sogar für weitere Fortschritt gefährlich werden können, so werden wir nicht ruhen und lassen, bis dieser Schmutz trocken gelegt ist, so daß er niemandem mehr schaden kann. Z. J.

Ein gelber Verleumder am Brauger. In Essen ist der Hauptstich der gelben Verleumdungsbewegung des Ruhrgebietes. Die Kapitalmagnaten Knipp, Goldschmidt und Konsorten lassen sich eine Stange Gold kosten, um diese Streikbrecherorganisationen aufzuwappeln. Sie haben eigene „Sozialsekretäre“ angestellt, die vorzugsweise die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu beschimpfen haben, und sie wenden außerdem den Streikbrechervereinen Hunderttausende an „Beihilfe“ zu.

Das schmutzige Gewerbe der Arbeiterverleumdung wird hauptsächlich von dem gelben Organ „Der Arbeiter“ betrieben, für das ein Dr. Zverling verantwortlich zeichnet. Im allgemeinen wird den Völkern dieses Blättchens wenig Beachtung geschenkt, da es noch dümmel als „B. der gelbe „Bund“ des Ledius redigiert wird. Der kürzere Mit jedoch erging es sich in derartig gemeinen Angriffen auf den Geschäftsführer der „Arbeiterzeitung“, Genossen Derichs, daß dieser sich gezwungen sah, Klage zu erheben. In der Verhandlung mußte der „Sozialsekretär“ angeben, daß er für seine verleumdenden Verleumdungen nicht den Schatten eines Beweises erbringen könne. Er hatte sich Behauptungen wie: „Der Kläger habe sich mit einem im Betriebe der „Arbeiterzeitung“ beschäftigten Mädchen eingelassen, außerdem sei er aus seiner früheren Stellung in Bielefeld wegen Unregelmäßigkeiten gegangen worden, einfach aus den Fingern geblieben und er hatte diese Gemeinheiten überhört.“ Note Präsidentschaft!“ Trotz dieser außerordentlich niederrückstigen Verleumdungsmethode fand der „Maatserhaltende“ Herr Milde Richter. Sie glaubten die früheren Verleumdungen mit 50 Mk. hinreichend geübt. Natürlich wird die gelbe Gesellschaft nach wie vor die Sozialdemokratie weiter verleumden — aus Arbeiterverleumdung.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Versammlungen für den 17. Dezember:

- Vollendorf.** Kreis Neumarkt. Nachmittags 2 1/2 Uhr unter freiem Himmel. Referent: Reichstagskandidat Scholich-Breslau.
- Zlabing** bei Miltitz. Nachmittags 2 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Gastwirts Scheurich. Referent: Gewerkschaftssekretär Volkmann.
- Daltau.** Kreis Trebnitz. Nachmittags 3 Uhr im Lokal des Herrn Fohlt. Referent: Reichstagskandidat Böcker-Breslau.
- Trebnitz.** Abends 7 Uhr im Kaiser-Wilhelmsgarten. Referent: Reichstagskandidat Rösler-Breslau.
- Tammis.** Kreis Steinau. Nachmittags 2 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Kieger. Referent: Reichstagskandidat Senf-Breslau.
- Laudten.** Kreis Guben. Abends 7 Uhr im Lokal. Referent: Reichstagskandidat Zent-Breslau.
- Kreibitzow.** Kreis Glogau. Nachmittags 2 1/2 Uhr im Garten des Hrn. Tschmel. Referent: Reichstagskandidat Zimmere-Breslau.
- Gülchen.** Kreis Biege. Nachmittags 2 1/2 Uhr unter freiem Himmel bei Herrn Gottl. Wenzel. Referent: Gewerkschaftssekretär Schreidewind-Breslau.
- Karlsruhe.** Kreis Biege. Nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Grundstück des Schuhmachereisters Herrn Jarosch. Referent: Gewerkschaftssekretär Seibold-Breslau.
- Groß-Neudorf.** Kreis Biege. Nachmittags 2 1/2 Uhr unter freiem Himmel. Ref.: Gewerkschaftssekretär Kerner-Breslau.
- Gierdorf.** Kreis Biege. Nachmittags 2 1/2 Uhr unter freiem Himmel. Referent: Arbeiterreferent Leifer-Breslau.
- Sonradswaldau.** Kreis Biege. Nachmittags 2 1/2 Uhr unter freiem Himmel. Referent: Reichstagskandidat Müller-Breslau.
- Zs. öpłowitz.** Kreis Biege. Nachmittags 2 1/2 Uhr unter freiem Himmel. Referent: Gauleiter Clement-Breslau.
- Gr. Dö. ern.** Kreis Biege. Nachmittags 2 1/2 Uhr unter freiem Himmel. Referent: Gewerkschaftssekretär Nowalzy-Breslau.
- Löwen.** Kreis Biege. Nachmittags 2 1/2 Uhr unter freiem Himmel. Referent: Rückmeister Ziegler-Breslau.
- Zebitz.** Kreis Opatowitz. Nachmittags 2 1/2 Uhr unter freiem Himmel. Referent: Kandidat Widera-Breslau.
- Gr. Zannow.** Kreis Opatowitz. Nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Grundstück des Herrn Julius Birkner. Referent: Reichstagskandidat Neulirch-Breslau.
- Frauenhain.** Nachmittags 2 1/2 Uhr unter freiem Himmel. Referent: Redakteur Wolff-Breslau.
- Hosfürben.** Kreis Breslau. Nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Grundstück des Herrn Vock. Referent: Th. Wolf, Schönborn.
- Barthitz.** Abends 7 1/2 Uhr im Saale des Herrn Niedergesäß-Redner: Reichstagskandidat Dietrich-Breslau.
- Vogelsdorf** bei Landeshut. Nachmittags 3 Uhr im Gasthof „Zum Lamm“. Redner: Genosse Scholz-Landeshut.
- Weidenau.** O. Str.-Schl. Nachmittags 2 1/2 Uhr im Schützenhaus.
- Naasdorf.** Kreis Neisse. Unter freiem Himmel, nachmittags 2 1/2 Uhr.
- Kunzenbort.** O. Str.-Schl. Nachmittags 2 1/2 Uhr im Lokal von Lorfer.

Malisch a. O., 17. Dezember. Ein Opfer seiner Uebersetzung. Eine gut besuchte Versammlung fand am Donnerstag im Lokal von Kunze statt. Einberufen war dieselbe von der freijährigen Volkspartei, deren Reichstagskandidat, Postsekretär Kreschmer, die Sünden der Partei und des Zentrums geißelte. Darauf hielt der freijährige Parteisekretär Müller einen halbflüchtigen Vortrag über die Forderungen der Volkspartei, indem er betonte, daß vor allem der Besitz mehr zur Befreiung herangezogen werden muß. Auch er hoffte, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo die Partei für ihre Taten die Rechnung präsentiert bekommen. Der Besatz lehrte ihm, daß es einem Teile der Zuhörer aus dem Herzen gesprochen hatte. — Dann kam ein Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Strozig, zum Wort, der darauf hinwies, daß die Sozialdemokraten leider kein Lokal am Orte erhassten können, denn aus Angst vor den Behörden schaut sich jeder Gastwirt, sein Lokal herzugeben. Er ging dann auf die Vorkürfe der Gegner ein, worin die Partei als kultur- und glaubenstreu hingestellt wird. Er zerstreute die Gedanken der Zuhörer, hob die wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie hervor und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, sozialdemokratisch zu wählen. Lebhafter Beifall bewies, daß der größte Teil der Zuhörer mit seinen Ausführungen einverstanden war.

Jetzt meldete sich ein Vertreter der Konservativen, Herr Amtsdorffher Voepffer, zum Worte, der vor allen Dingen dar auf hinwies, daß es schwer her zu sein. Er wurde durch Handlungen der Partei wie auch des Zentrums in Verleumdung

Stadt-Theater.

Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Tannhäuser“.
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr: 9025
Spiel Margarete Siems
 „Traviata“.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
„Daniel und Gabriel“.
 Montag, 7 1/2 Uhr:
Spiel Margarete Siems
 „Mozart“.

Lobe-Theater.

Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Götter“.
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
 Zum 1. Male:
„Loge des Herzens“.
 Hiermit zum 1. Male:
„Sifentanz“.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
„Die Rabensteiner“.
 Montag, 7 1/2 Uhr, zum 2. Male:
„Loge des Herzens“.
 Zum 2. Male:
„Sifentanz“.

Thalia-Theater

Freitag, Gruppe D. 6. Vorstellung:
„Im weißen Röhl“.
 Sonnabend: Humboldt-Bereich 9037
 Abonnement-Vorstellung (blau Karten):
„Korbeerbaum und Getielshaus“.
 Sonntag, 7 1/2 Uhr:
„Alt-Geidelberg“.
 Mittwochs-Abend und Sonnabend
 den 10-2 Uhr im Stadt- und Thalia-
 Theater.

Schauspielhaus

Freitag, 8 Uhr:
„Der Robelgänger“.
 Sonnabend, 8 Uhr: 9048
„Die moderne Eva“.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
„Das Wustfantenmädchen“.
 Montag, 8 Uhr:
„Die moderne Eva“.

Lobich's Etablissement

Otto Reutter
 und das brillante
December-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr. 9010

Viktoria-Theater

Original Parisiana
„Unmoralische Wohnung“
„Die keusche Toinette“
„Los Nummer 33“.
 Gerade die brillante Ausstattung.
 Anfang 8 Uhr. 9017
 Den nächsten Sonntag.

Zeltgarten

Tränen werden gelacht
 über
Willy Haase
 Außerdem die brillanten
Spezialitäten.
 Ab 16. Dezember:
Neue Gurliesken
 u. neue Program.

Palmengarten.

Elite-
Damen-
Blasorchester
Janietz.
 8-93

National Theater

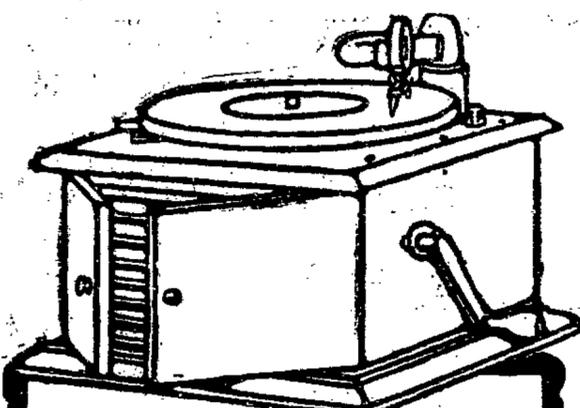
NT Lichtspiel.
Klosterstr. 17. Nähe der
 Feldstrasse.
 Ina Paul Ulrich
 Vollständig ausgestattet in ein
 modernes Lichtspiel-Theater.
 Einzigartige Revue durch d. Ber-
 liner Vortragmeister Herrn Spindler,
 nach der humoristischen Bilder.
 Stimmungsvolle Musik-Illustration
 (Kav. u. Horn) durch Herrn Franke.
 Vom 10.-12. Dezember:

Schopenhauer Wetter.

Sensationelles Drama aus dem
 Lebenskreis Bergmanns.
Platz und die 4 Frauen
 Ham-reue.
 sowie das übrige erste Programm.
 Jeder Dienstag und Donnerstag:
Dr. Extra-Hilf-Vorstellung.
 Eintritt 10 Pf.
 Sonnabend u. Sonntag: Eintritt 20 Pf.

Heberichs, Wister, Joppen

Wagner, Wagner, Vol. 87.
 Reichs-Anstaltstr. 17.



Das beste
 Instrument
Gramola!
 zum
 billigsten
 Preis:
Mk. 70.-
 m. weltbekannter
 Schutzmarke
 •••
 Vorführung ohne
 Kaufzwang!
Grammophon-Spezialhaus
 G. m. b. H.
 Breslau, auf Schweidnitzerstrasse 21.



Die Stimme
 seines Herrn

Wegen Geschäfts-Übergabe
Grosser Ausverkauf
 in
Normal-Hemden und -Kosen
 für Damen, Herren und Kinder.
 Alle Arten
Strümpfe u. Socken, Handschuhe, Korsettschoner etc.
 zu bedeutend ermässigten Preisen.
L. Neumann jr.
 63 Reuschestrasse 63.

Grosse Auswahl aller Arten
Uhren u. Goldwaren
 auch auf 8-78
Teilzahlung.
 Billigste Preise. Kleiner Rest.
F. Patriot, Uhrmacher.
 Vorwerkstrasse 43, Ecke Brüderstr.
 8-78



Deutscher Bund für Mutterschulz, Schlesische Grupp
 Ist die heutige Rechtslage des unehelich
Kindes reformbedürftig?
Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. Püschel, am So
 abend, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr.
 der Aula des Magdalenen-Gymnasiums.
 Eintritt 30 Pf. Freie Ausprache. Gäste willkommen

Berein Breslauer Kanarien-
:: Züchter und Liebhaber ::
 Am 16., 17. und 18. Dezember 1911,
 in den Union-Festsälen, Reuschestrasse 51:
Große allgemeine Ausstellung
 verbunden mit Prämierung und Verlosung von Kanarien
 Aquarien, seltenen Zierfischen, sowie Pflanzmitteln zur Licht u. Bilde
 Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.
 92-6 **Eintritt 30 Pfennige.**

Samson & Cie.
 Blücherplatz 20
 nehmen Aufträge an 9150
Porträt-Aufnahmen
 12 Visit 1.80, Kinder-Visit Mk. 2.50 an
 Kabinett 4.80, Postkarten Mk. 2 an
: Vergrößerungen :
 von 2 Mark an
: Verkleinerungen :
 unter Garantie prompter Lieferung zum Feste
 bis zum 22. Dezember, an.

Protest
 gegen die Verteuerung braucht nicht erhoben zu werden
 wenn mein 9071
Schneeschipper-Punsch
 per 1/1 Flasche Mk. 1.85
 per 1/2 Flasche Mk. 1.00
 auf seine Güte geprüft worden ist.
 Engros-Vertrieb für Breslau:
Fa.: Ernst Gampert, Matthiasstr. 62.
 Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Weihnachtsgeschenke
 die praktisch und preiswert sind und somit ihren Zweck vo
 und ganz erfüllen:
 Aus unserem reichhaltigen Lager empfehlen wir:
Haus- und Küchenschürze, Leinenimitation, 13
 abwaschbar M. 1.50
Waschhaus-Schürze, die aus Spezialstoff gearbeitet 3
 und garantiert Nässe nicht durchlässt M. 1.50
Kinderschürzen, abwaschbar, jeden Alters, aparteste
 Neuheiten. 916
Tischdecken, abwaschbar, vornehmste Leinenimitation
 in jeder Grösse.
Spezial-Beläge auf Küchentische, in hervorragender
 Auswahl.
Schwammbeutel, Reiserollen, Frühstückstaschen
Badekapen, Schlittschuhtaschen, Babytaschen
Marktstaschen (nur beste und haltbarste Qualitäten),
Tablettdecken, Schachbretter (A. achstuch)
Blumentopfuntersetzer aus Linoleum (10 Stück für 30 Pf.)
Papierkörbe aus Linoleum, sowie alle Spezialitäten
 der Branche.
Linoleum-Läufer, per Meter von 74 Pf. an.
Linoleum-Teppiche, in riesengrosser Auswahl, viele
 Gefe erhaltungskäufe, ausserst preiswert.
Reste von 200 cm breitem, unartbarem, durch un
 durch gemustertem **Inlaid-Linoleum**, als
 Teppich und zum Auslegen von Zimmern sehr geeignet,
 weit unter Preis.
Cocos-Läufer für Korridore, Cocos-Teppiche
 für Speisezimmer, Veranden und D'e'en, **Cocos-Abtreter**
 in jeder Grösse.
Spezial-Cocos-Läufer
 extra dick und schwer, für kalte Fussböden besonders geeignet
Japan und China Matten und Teppiche
Spezial-Korkmatten
 vor die Badewanne (Neuheit) und viele andere praktisch
 Geschenke
 zu stadtbekannt billigen Preisen.
Linoleum-Haus
Stückrath & Co.
 Breslau, Ring 7 (Kurfürstenseite).

Die Arbeiter der chemischen Industrie und die Reichstagswahlen.

Mit heller Freude erwartet die gesamte deutsche Arbeiterschaft den 12. Januar, um an diesem Tage mit den Parteien des alten Reichstages Generalabrechnung zu halten. Eine ganz besondere Erbitterung gegen den schwarz-blauen Block haben die Arbeiter der chemischen Industrie, denn diesen hat man nicht nur alle Lebensmittel verteuert, sondern über alle ihre Wünsche und Forderungen in Bezug auf gesetzlichen Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens ging man im alten Reichstag höhnlichend zur Tagesordnung über.

Die chemische Industrie hat eine glänzende Entwicklung durchgemacht. Sie steht nicht nur in der gesamten deutschen Industrie an erster Stelle, sondern überragt auch die chemische Industrie der ganzen Welt. Während sie 1882 erst 72.777 Arbeiter beschäftigte, sind es zurzeit bereits über 180.000 Arbeiter, die in den chemischen Fabriken Mehrwert für die Kapitalisten erzeugen. Für die Kapitalisten sind die chemischen Werke die reinsten Goldgruben, Gesundheits- und Lebensversicherung für sie aber für die Arbeiter. Eine so große Kranken- und Unfallgefahr ist der chemischen Industrie, hat keine andere Industrie aufzuweisen. Auf je 100 Mitglieder aller Betriebskrankenkassen Deutschlands entfielen in den Jahren 1905-1909 47 Krankheitsfälle und 865 Krankheitsstage. In den Betriebskassen der chemischen Industrie kamen aber auf je 100 Mitglieder 65 Krankheitsfälle und 1121 Krankheitsstage.

Besonders gesundheitsgefährlich ist die Arbeit in Räumen, in denen Teerabkömmlinge (Anilin, Benzol, Nitrobenzol usw.), Arsen, Blei, Chlor, Chrom, Schwefel, Stickstoffverbindungen (Ammoniak, Salpetersäure), Quecksilber und Phosphor gewonnen oder verarbeitet werden. Nicht minder groß ist die Unfallgefahr in der chemischen Industrie. Im Jahre 1910 sind 13.006 Unfälle gemeldet worden gegen 12.394 im Vorjahr. Seit dem Jahre 1886 sind im ganzen in der chemischen Industrie 191.059 Unfälle gemeldet worden, von denen 27.699 entzündigt werden. Also rund 28.000 Menschen sind zur höheren Ehre des chemischen Kapitals zu dauernden Krüppeln geschlagen worden oder kamen gleich ums Leben. Ungeheuer ist auch die Zahl derjenigen, die an einer Gewerbekrankheit leiden, die innerlich vergiftet sind und über kurz oder lang dem Siechtum oder dem Tode verfallen, ohne daß sie oder ihre Angehörigen eine Unfallentschädigung bekommen.

Auch bürgerliche Sozialhygieniker haben längst die Gefährlichkeit der chemischen Industrie erkannt und fordern mehr Schutz für die darin beschäftigten Arbeiter. So schreibt zum Beispiel Th. Weil in dem Handbuch der Gewerbekrankheiten:

„Neben der chemischen Industrie gibt es wohl keine andere, deren Arbeiter in gleichem Maße durch die verschiedenartigen und mannigfachen Schädlichkeiten heimgesucht werden können. Bald sind es Vergiftungen, Haut- und Augenkrankheiten, bald Verletzungen durch Explosion von Sprengstoffen, bald Stürze von Treppen und Leitern, die ihnen drohen. Alle diese Schädigungen vermögen akute, wie chronische Krankheiten zu veranlassen.“

Daß die Arbeiter einer Industrie, die in so hohem Maße ihre Gesundheit und Leben aufs Spiel setzt, eines besonderen gesetzlichen Schutzes bedürfen, ist wohl selbst ersichtlich. Die Konferenz der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter, welche am 30. Mai 1909 in Frankfurt a. M. tagte, hat denn auch folgende Mindestforderungen aufgestellt:

1. Schärfe Überwachung aller zum Schutze der Arbeiter in der chemischen Industrie erlassenen Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen.
 - a) Erweiterung der Befugnisse der Gewerbeinspektoren.
 - b) Vermehrung der Aufsichtsbeamten durch hygienisch geschulte Beamte (Ärzte), denen staatlich zu bestellende, von den Arbeitern zu wählende Ausschichtsbeamte zur Seite zu stellen sind.
2. Erlass weiterer Schutzbestimmungen.
 - a) Festsetzung eines Maximalarbeitstags von 8 Stunden für alle Arbeiter der chemischen Industrie.
 - b) Festsetzung eines nach dem Grade der Gefahren abgestuften kürzeren Maximalarbeitstags für solche Betriebe und Abteilungen, in denen die Gesundheit oder das Leben besonders gefährdet ist.
 - c) Verbot der Akkordarbeit bei Arbeiten mit giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen.
 - d) Belehrung der Arbeiter, die in Betrieben beschäftigt sind, in denen gesundheitsgefährliche Stoffe verarbeitet werden, über die Wirkungen und Gefahren dieser Stoffe. Diese Belehrung muß in der Arbeitszeit vorgenommen werden.
 - e) Verbot der Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Personen bei Herstellung von oder bei Verarbeitung giftiger Stoffe.
3. Vergütungen, die eine körperliche Schädigung und Einschränkung der Erwerbsfähigkeit zur Folge haben, sind als Unfälle zu behandeln und zu entschädigen.

Bis jetzt hat die Regierung den Wünschen der Arbeiter kein Gehör geschenkt. Sie machte wohl 1908 einen schüchternen Versuch, indem sie einen Entwurf zur Einschränkung der 24stündigen Wechselschicht in der chemischen Industrie den Unternehmern zur Begutachtung einreichte. Die Gewaltigen der Chemie nahmen noch im selben Jahre dazu Stellung und erklärten: „Größere soziale Lasten können wir nicht mehr auf uns nehmen. Der Wegfall der 24stündigen Wechselschicht ist praktisch unmöglich.“ Diese kurze Erklärung der Scharfmacher bewirkte, daß die Regierung mit ihrem Entwurf auf Nichtmehrwiedersehen verschwand. Aber auch der Reichstag hat in geradezu schändlicher Weise an den Arbeitern der chemischen Industrie gehandelt. Im vorigen Jahre stellte die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag im Reichstage:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch den Beirat für Arbeiterstatistik Untersuchungen veranlassen zu lassen über die Arbeitsverhältnisse der bei Herstellung von Säuren und Teerfarben beschäftigten Arbeiter, insbesondere in den Abteilungen der Betriebe, in welchen mit giftigen und explosiven Stoffen gearbeitet wird.

Die Untersuchungen sollen sich insbesondere erstrecken:

1. auf die Gefahren, die für Leben und Gesundheit der Arbeiter in diesen Betrieben bestehen;
2. darauf, wie oft die Arbeiter in den einzelnen Abteilungen, in welchen giftige Stoffe hergestellt oder verarbeitet werden, mit Rücksicht auf gesundheitsschädliche Einwirkungen die Betriebsarbeit wechseln;
3. auf die Dauer der täglichen Arbeitszeit, Zahl der Arbeitsschichten und die Zahl der Doppel- und Dreifachschichten;
4. auf die Zahl der von den einzelnen Arbeitern geleisteten Ueberstunden, die Länge der Wechselschichten (nämlich 18stündige, 24stündige, 36stündige Schichten von den Arbeitern genannter Betriebe geleistet werden müssen);
5. hinsichtlich der Einführung eines neuen Maximalarbeitstags (§ 12) der Gewerbeordnung sowie janzitativer Vorschriften zum Schutze der Arbeiter durch Bundesratsverordnungen geboten erscheinen.

Genosse Brey, Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, begründete den Antrag in eingehender Weise. Trotzdem der Antrag sehr bescheiden war und nur eine amtliche Untersuchung der Gesundheitsgefahren forderte, wurde er doch von den Junkern, Zentrumschristen und liberalen Kapitalisten abgelehnt. Ja, sogar die christlichen Gewerkschaftsführer, die in der Zentrumspartei sitzen, haben dagegen gestimmt. Diesen parlamentarischen Skandal darf kein chemischer Arbeiter vergessen.

Wir erinnern hierbei, was der deutsche Kaiser im Jahre 1890 in einem Regierungserlaß erklärte: „Es sei Aufgabe des Staates, die Dauer und die Art der Arbeit zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Erhöhung der Produktivität, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“ Trotz dieser Kaiserworte fanden noch heute die Arbeiter in den gefährlichsten Stübchen 12, ja 21 und 36 Stunden lang. Auf die Regierung und den Reichstag hat der Weltkrieg einen größeren Einfluß, als Kaiserworte. Und der wenige Arbeiterschutzes, den wir heute haben, wird von den chemischen Kapitalisten strukturell außer acht gelassen, weil die Beaufsichtigung der Betriebe eine äußerst mangelhafte ist. Wie es gemacht wird, mag folgender Fall als Schulbeispiel dienen: Seit dem 10. Mai 1903 ist die Verwendung des weißen Phosphors zur Herstellung von Streichhölzern verboten. Doch 1908, also nach 5 Jahren, sind in Deutschland noch drei Fabriken ermittelt worden, die nach wie vor den giftigen Phosphor weiter verwendeten. Jeder dieser gewissenlosen Sünder wurde mit 3 — drei — Mark bestraft.

Wie leichtfertig das Leben der Arbeiter aufs Spiel gesetzt wird, geht sogar aus den Berichten der Berufsvereine der chemischen Industrie hervor, obwohl diese Berichte immer zugunsten der Unternehmer gefärbt sind. In dem Bericht für 1910 heißt es unter anderem:

„Das der chemischen Industrie eigenste Gebiet der feuergefährlichen, heißen und ätzenden Stoffe hat naturgemäß eine große Zahl entzündungsgefährlicher Unfälle gebracht. Die Gefahr ist zu vermeiden, nicht wohl nicht möglich ein, doch ließe sich in vielen Fällen verhindern, daß die Schuld nicht allein in der Gefahr des Betriebes oder auf Seiten der Arbeiter lag, sondern, daß mangelhafte Kenntnis der ausführenden Personen, mangelhafte Sparsamkeit und fehlerhafte Betriebsanordnungen die Ursachen waren.“

Eine der größten Ungerechtigkeiten gegen die chemischen Arbeiter ist, daß Vergiftungen als Unfall nicht betrachtet und auch nicht entschädigt werden. Nach dem geltenden Recht gilt nur als Unfall, „ein zeitlich bestimmtes, in einem begrenzten Zeitraum sich abspielendes plötzliches Ereignis.“ Wer also durch Einatmung von Gift, nach längerer Zeit teilweise oder gänzlich erwerbslos wird, kann dann verkümmern, denn Unfallrente gibt es nicht, höchstens bekommt er die magere Invalidenrente. Die Zahl der Bedauernswerten, die durch Vergiftungen schrecklich entsetzt und erwerbsunfähig geworden sind, ist sehr groß; sie führen ein Hungerdasein, bis sie der Tod von ihrem qualvollen Leiden erlöst. Durch einen krassen Fall wollen wir das näher veranschaulichen. Eine 3-jährige Arbeiterin war jahrelang an der Phosphornekrose krank und erhielt wegen völliger Erwerbsunfähigkeit die Invalidenrente. Als sich nach fünfjähriger Krankheit die Wunden schlossen und der Verband abgenommen werden konnte, entzog man der Frau die Invalidenrente. Der die Frau behandelnde Arzt gab über den Befund folgenden Gutachten ab:

„Die Betrachtung des Gesichts der im übrigen geübten Frau liest einen eigentümlichen Anblick insfern, als der Unterliefer ganz zu fehlen scheint. An seiner Stelle ist die Wunde mit Narben bedeckt. Man muß jetzt, daß an der Stelle des Unterlieferers sich ein neues Gewebe gebildet hat, das zum großen Teil sehr hart ist. Dieses fast knorpelartige Gewebe hat die ungenügende Form des normalen Unterlieferers nur bedeuend verkleinert. Infolge dessen ist des Mann fast vollständig unfähig und zurückgefallen. Die Frau kann den Mund nicht so weit aufmachen wie eine gesunde Frau, jedoch weit genug, um nicht zu kleine Gegenstände in den Mund zu bringen. Die Röhre des Unterlieferers fehlen vollständig. Die kleine Form des Unterlieferers bewirkt, daß beim Versuch des Kauens Unterlieferer und Oberlieferer nicht in der richtigen Weise aufeinander kommen und die Speisen nicht in normaler Weise zerkleinert werden.“

Daß eine derart entsetzte Person kein Mensch in Arbeit nimmt, müßte die herrschende Gesellschaft auch wissen und trotzdem entzog man ihr die gesetzliche Hilfe.

Die chemischen Arbeiter setzten ihre ganze Hoffnung auf den Reichstag, und glaubten, bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung würde man in dieser Beziehung Wandel schaffen. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion wurde denn auch beantragt, dem Paragraphen 568, der die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften regelt, hinzuzufügen:

„Sowie auf Erkrankungen, die durch die Arbeit im Betriebe hervorgerufen oder verschlimmert worden sind. (Gewerbliche Berufsgenossenschaften.)“

So berechtigt dieser Antrag war, so wirksam ihn auch der Genosse Brey begründete, die bürgerlichen Parteien lehnten ihn dennoch ab. Auch die Führer der christlichen Gewerkschaften, diese Marionetten des schwarz-blauen Blocktheaters, haben gegen den Antrag gestimmt. Freilich sind noch nie die Interessen der chemischen Arbeiter mit Füßen getreten worden, als vom alten Reichstage.

Die Unternehmer rühmen sich dagegen, daß ihnen die Regierungen immer zu Willen sind. Kommerzientat Dr. Holz, Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, sagte auf der Generalversammlung im Jahre 1908: „Meine Herren! Seit dreißig Jahren ist unser Einfluß in allen Ministerien, in allen bundesstaatlichen Regierungen von Bedeutung gewesen, wir sind in allen wichtigen Fragen, die nicht nur die chemische Industrie, sondern auch die Gesamtindustrie betreffen, immer gehört worden.“

Warum die Regierungen und Parlamente immer auf die chemischen Goldgruben hören, kaffähelnd aber jeden Wunsch der Arbeiter beiseite schieben, ist nicht schwer zu erraten. Nun, weil zahlreiche hochgestellte Personen, Geheimräte, Regierungsräte, Generale, Grafen, Minister und Prinzen Aktienbesitzer der chemischen Goldgruben sind. Außerdem sitzen eine ganze Menge einflussreicher Regierungsmänner und Abgeordneter der bürgerlichen Parteien als Aufsichtsräte in den Aktiengesellschaften der chemischen Industrie. Es ist auch kein Wunder, daß sich alles an die goldenen Futtertröge der chemischen Industrie drängt, denn während die Durchschnittsdividende aller Aktiengesellschaften Deutschlands 7,10 Prozent beträgt, ist die Durchschnittsdividende in der chemischen Industrie 14 Prozent, und die der großen Farbwerke beträgt über 20 Prozent. Wie gewaltig die Summen sind, die den Aktienbesitzern der großen Werke in ihre Taschen fließen, zeigt uns nachstehende Tabelle aus dem Jahre 1910:

	Reingewinn Mk.	Dividende Mk.	Verbleibende Reserve Mk.
Badische Anilin- und Sodafabrik	12.297.939	9.000.000	8.297.939
Elberfelder Farbwerke	13.656.619	9.000.000	4.656.619
Höchster Farbwerke	14.221.409	9.720.000	4.501.409

Das sind enorme Gewinne, und dennoch genieren sich die Herren nicht, jede sozialpolitische Forderung abzuschleppen, weil sie die „sozialen Lasten“ nicht zu tragen vermögen. Am lautesten schreit der Leiter der Elberfelder Farbwerke gegen jede Forderung der Arbeiter. Und dieses Wort hat 1907 sogar 56 Prozent Dividende verteilt. Der Reingewinn betrug 18.837.527 Mark, gleich 3000 Mk. pro beschäftigten Arbeiter. Für sozialpolitische Zwecke gab die Gesellschaft ganze 194.314 Mark aus oder rund 31 Mark pro Arbeiter. Das ist 1 Prozent des pro Arbeiter erzielten Reingewinnes. Daraus geht zur Genüge hervor, daß die chemische Industrie sehr wohl in der Lage ist, die oben aufgestellten Forderungen zu bewilligen.

Aber auch die Löhne sind in der chemischen Industrie keine glänzenden. Im Jahre 1910 betrug der Durchschnittslohn pro Vollarbeiter 1161 Mark jährlich und in den schlesischen Gichtstätten gar nur 891 Mark. Solche Zammerlöhne!

Alle Parteien des Reichstages — mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokratie — haben den schändlichsten Verrat an den chemischen Arbeitern geübt; sie haben ihnen das Brot verteuert und ihre sozialpolitischen Forderungen brutal abgelehnt. Streng wird die Abrechnung mit diesen Volksfeinden am 12. Januar sein! Mann für Mann müssen daher die Arbeiter der chemischen Industrie an der Wahlurne erscheinen und der Sozialdemokratie ihre Stimme geben!

Gewerkschaftlich und politisch

sollen alle Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sein. Die Gewerkschaftskongresse und Parteitage haben wiederholt beschlossen, daß das eine so nötig ist wie das andere.

Parteilosen und Genossinnen! Agitiert unausgesetzt im Sinne dieser Beschlüsse!

Die Reichstagswahlen

erfordern ein Abonnement auf die

„Volkswacht“.

